Münster 1936 No 25 Phil DiSS

Geschichte

Österreichisch-ungarische Politik der Jahre 1916—1918

☆

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen u. Naturwissenschaftlichen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität

zu Münster

vorgelegt von

Erich Köhn

aus

Saarbrücken

1936

Druck: Handelsdruckerei C. Trute, Quakenbrück.

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Februar 1936.

Dekan: Herr Prof. Dr. Trier.

Referent: Herr Prof. Dr. Wätjen.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsübersicht.

Seite

Einleitung: Die Lage Österreich-Ungarns beim Tode Kaiser Franz Josephs 1

I. Die österreichische Regierung 5

1. Kaiser Karl I. 5
2. Die Minister des Äußeren 13
3. Die Ministerpräsidenten 32
4. Der Reichsrat 38

II. Die Völker Österreich Ungarns 42

1. Das deutsche Volk 42
2. Der ungarische Nationalstaat 47
3. Die tschechische Staatsidee 54
4. Die großpolnische Nation 57
5. Das südslawische Ideal 59

III. Quellen und Darstellungen 63

Einleitung.

Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares in Serajewo am 28. Juni 1914 nahm der österreichisch-ungarischen Politik die Entscheidung darüber, den inneren Umbau der Doppelmonarchie vor einer Auseinandersetzung mit dem äußeren Feind zu vollziehen. Mit der Grundlage der dualistischen Staatsform von 1867 zwischen Oesterreich und Ungarn in der inneren Politik und dem deutschen Bündnis von 1879 in der äußeren Politik begann der greise Kaiser Franz Joseph den Existenzkampf der Habsburger Monarchie.

Die Mittelmächte Oesterreich-Ungarn und Deutschland standen, da Italien wie Rumänien den Bündnisfall nicht als gegeben betrachteten, dem Feinbund der Entente, gebildet aus Rußland, Frankreich, England, Japan, aus Serbien, Montenegro und Belgien, allein gegenüber. Die Verbissenheit des Weltkrieges weckte auf beiden Fronten das Streben, Bundesgenossen aus dem neutralen Lager an sich zu ziehen. Während die Mittelmächte durch den Beitritt der Türkei Ende Oktober 1914 eine Verstärkung erfuhren, erwuchs ihnen durch die Haltung Italiens eine größere Gefahr. Italien hatte sich immer stärker vom Dreibund zu lösen begonnen, um in engste Beziehung zu den Mächten zu treten, die die nationalen Bestrebungen weiter vortrieben. Die drohende Gefahr der englischen Flotte beim Ausbruch des Weltkrieges bestärkte Italien in seiner Haltung. Dem Spiel Italiens mit der Entente suchte Deutschland durch Befürwortung italienischer Ansprüche auf altösterreichisches Gebiet ein Ende zu machen. Der Druck Deutschlands, der in Oesterreich als Parteinahme für Italien empfunden wurde[1], wirkte abkühlend auf die Beziehungen der Mittelmächte untereinander. Die leichte Gegensätzlichkeit wurde umsonst hervorgerufen, weil nach dem Londoner Vertrag vom 26. April 1915 der „sacro egoismo“ Italiens alles Vermittlungsbemühen durch die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn am 23. Mai 1915 entschied, während Deutschland mit Italien die diplomatischen Bezie-

[1] Glaise-Horstenau S. 45.

hungen abbrach. Bei dieser Machtlagerung glaubte Bulgarien die Ungerechtigkeiten des Bukarester Friedens v. 1913 an der Seite der Verbündeten durch die Unterzeichnung des Bündnisses mit den Mittelmächten (4. September 1915) ausgleichen zu können.

Zwischen den Verbündeten bestand keinerlei bindende Vereinbarung über die Zusammenfassung der militärischen Führung. Der Grund lag darin, daß beide Mächte eine militärische Bindung mit einer politischen nicht bezahlen wollten. Bei dem gemeinsamen Vorgehen an der Ostfront im Oktober 1914 sprach Kaiser Franz Joseph die Erwartung aus, daß die deutsche Armee dem k. u. k. Armeeoberkommando unterstellt wurde. Kaiser Wilhelm II. ging auf den Vorschlag nicht ein, sondern erledigte ihn im Sinne einer Befehlsrelegung, die die deutsche Armee Hindenburg unterstellte [2]. Kaiser Franz Joseph bewies seine Mißstimmung durch die Ablehnung der deutschen Bitte Kaiser Wilhelms II. auf Unterstellung der österreichischen ersten Armee unter die 9. deutsche Armee [3]. So war trotz der bedeutenden Erfolge der Mittelmächte auf fast allen Schlachtfeldern ein entscheidender Sieg durch die Uneinheitlichkeit der Führung nicht errungen [4]. Der gemeinsame siegreiche Durchbruch der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen von Gorlice-Tarnow (Mai 1915), den General von Mackensen unter dem Oberbefehl des A. O. K. führte, blieb einzig. Die bis zur persönlichen Spannung gesteigerte gegensätzliche Auffassung des österreichisch-ungarischen Generalstabschefs von Conrad und des deutschen Generalstabschefs von Falkenhayn über die Wichtigkeit der Kriegsschauplätze, ließ die Heere getrennt im Westen und im Süden angreifen [5]. Hierdurch wurde an der Ostfront der Erfolg der Brussilow-Offensive möglich, der Deutschland zur Unterstützung der ganzen durchbrochenen österreichisch-ungarischen Front zwang. Die mittlere und obere Führung des Krieges glitt in die Hände der deutschen Generale. Der Eintritt Rumäniens in den Feindbund am 26. August 1916, am gleichen Tage, an dem Italien Deutschland den Krieg erklärte, und der Wechsel in der deutschen O. H. L. durch die Ernennung Hindenburgs und Ludendorffs erhöhte den Druck auf eine Regelung der militärischen Führung. Am 6. September 1916 erklärte sich Kaiser Franz Joseph einverstanden mit der Uebernahme des Oberbefehls durch den deutschen Kaiser über alle Streitkräfte ohne Einschränkung der Hoheitsrechte über die österreichisch-ungarischen Truppen [6]. Diese Lage, sowie die Erstarrung der Fronten, veranlaßte den österreichisch-ungarischen Minister des

---

[2] Cramon-Fleck S. 58.

[3] Cramon-Fleck S. 63.

[4] Cramon-Fleck S. 21.

[5] Briefwechsel Falkenhayn-Conrads vom 11. und 18. Dez. 1915, Cramon-Fleck S. 118.

[6] Ludendorff, Urkunden, S. 298.

Aeußeren Burian, sich um ein Friedensangebot der Mittelmächte zu bemühen.

Die militärische Bindung Oesterreich-Ungarns an den deutschen Bundesgenossen traf innenpolitisch auf einen Zustand schwerer Spannungen. Die Heeresleitung versuchte zunächst mit eigenen Machtmitten den völkischen Zentrifugalkräften im Heer zu steuern. Mit der Zeit aber blieb das Wirken ihrer Organe nicht nur auf den Armeebereich beschränkt, da ihr im westlichen Staat der Monarchie der Kriegsausnahmezustand und die Ausdehnung der Militärjustiz auf Hochverrat und verwandte Delikte die Möglichkeit gaben, in das innerpolitische Leben des Hinterlandes einzugreifen.

Der Machtstellung des A. O. K. in Oesterreich kam der Kriegsabsolutismus zugute. Der Ministerpräsident Graf Stürgkh hatte im August 1914 aus Besorgnis vor kriegsfeindlichen Kundgebungen die Einberufung des Parlaments unterlassen und mit dem der Regierung diktatorische Vollmachten gewährenden § 14 der Verfassung regiert. Da die militärische und politische Zensur streng gehandhabt wurde, bediente sich die Kritik und Reformbestrebung unterirdischer Wege. Der innere Druck wurde so stark, daß der Ministerpräsident am 21 Oktober 1916 von dem radikalen Sozialdemokraten Friedrich Adler erschossen wurde.

Dem absolutistisch regierten Oesterreich stand in Ungarn ein von starkem Nationalbewußtsein getragenes, streng parlamentarisch verwaltetes Staatswesen zur Seite. Das hierin liegende politische Uebergewicht über den österreichischen Schwesterstaat erfuhr eine Verstärkung durch den größeren wirtschaftlichen Reichtum. Dieser gab dem ungarischen Ministerpräsidenten das Mittel in die Hand, die eigene ungarische Staatlichkeit zu betonen. Der politische Wille der Nationalisten Ungarns zielte auf die Schaffung eines selbständigen ungarischen Heeres.

Die Machtstellung Ungarns machte neben den Tschechen auch die Südslawen und Polen der dualistischen Staatsform nicht gewogener. Auf österreichischer Seite bestand Geneigtheit, die südslawische Frage im Sinne einer Zusammenfassung der Serben, Kroaten und Slowenen zu einem dritten, Österreich und Ungarn gleichgestellten, Staat zu lösen. Die österreichische Regierung stieß jedoch auf den Widerstand Ungarns, da der ungarisch-kroatische Ausgleich (1868) Kroatien und Slawonien unter ungarische Vorherrschaft gestellt hatte. Nicht ganz so stark beteiligt fühlte sich Ungarn bei der polnischen Frage. Ihre Lösung war mit dem Ausbruch des Weltkrieges für alle Kriegführenden zu einem schwierigen Problem geworden. Die österreichische Regierung hatte, um Galizien und die Treue der österreichischen Polen nicht aufs Spiel zu setzen, die „austro-polnische Lösung", die Vereinigung Kongreßpolens mit Oesterreich in ihr Programm aufgenommen. Ihr stimmte Ungarn unter der Bedingung zu, daß Polen

der Monarchie nicht als dritter, gleichwertiger Staat einverleibt, sondern „subdualistisch“ den Ländern angeschlossen werde[7]. Aber bei der polnischen Frage hatte auch der deutsche Bundesgenosse politische und wirtschaftliche Interessen zu verfechten, die mit einer austropolnischen Lösung nicht im Einklang standen. Die Verbündeten einigten sich für eine andere Lösung. Am 5. November 1916 verkündete ein Manifest beider Kaiser die Schaffung eines selbständigen, konstitutionellen Königreichs Polen nach dem Kriege. Das aus Kongreß-Polen bestehende Königreich sollte politisch, militärisch und wirtschaftlich an die Mittelmächte angeschlossen werden.

Das Manifest war der letzte große politische Akt, den Kaiser Franz Joseph unterschrieb. In den beiden ersten Kriegsjahren hatte sich seine Person immer mehr der Öffentlichkeit entzogen. Die Erinnerungen an Solferino und Königgrätz, an das Unglück seiner engsten Familie waren nicht angetan, einen unbedingten Siegeswillen in ihm zu wecken. „Wenn die Monarchie schon untergehen muß, dann soll sie es in Ehren tun“, hatte er am 31. Juli 1914 gesagt[8]. Als treuer Verfechter des deutschen Bündnisses, aber ohne den drängenden inneren Umbau der Monarchie angerührt zu haben, ließ er am 21. November 1916 sein Reich allein, trotz seines hohen Alters die rückhaltlos anerkannte habsburgische Majestät.

---

[7] Glaise-Horstenau S. 70.
[8] Glaise-Horstenau S. 22.

I.) Die österreichische Regierung.

1. Kaiser Karl I.

Kaiser Karl I. war der Sohn des Erzherzogs Otto und seiner Gemahlin Josefa, der Schwester des Sachsenkönigs. Die Erziehung des am 17. August 1887 geborenen Prinzen war dem Pflichtenkreis eines zukünftigen Kaisers nicht angepaßt[1]. Seine geistige und charakterliche Veranlagung umschrieb sein Erzieher damit, daß er nicht übermäßig begabt, nicht besonders fleißig und lernbegierig war, daß man aus seiner Umgebung Klagen über seine Unaufrichtigkeit und Spottsucht hörte[2].

Karls 1911 geschlossene Ehe mit der Prinzessin Zita von Bourbon-Parma rückte seine Person stärker in den Mittelpunkt. Die Prinzessin stammte aus der bourbonischen Seitenlinie Bourbon-Parma und war eine Tochter der zweiten Ehe ihres Vaters Robert von Parma mit der portugisischen Infantin Maria Antonia aus dem Hause Braganza. Ueber die Schwestern der Mutter Zitas liefen verwandtschaftliche Beziehungen zur Königin der Belgier und zur Großherzogin von Luxemburg.

Als Karl 1914 Thronfolger wurde, erweiterte Zita den Einflußkreis ihres Hauses, dessen Ehrgeiz ihr Bruder Sixtus verkörperte. Die Großmutter der Geschwister, eine Enkelin Karls X. von Frankreich, ließ Pläne der Bourbonen auf den französischen Thron wach werden, deren Richtigkeit Sixtus in seiner Doktorarbeit[3] über das Recht der französischen Nationalität der regierenden Bourbonen Spaniens, Neapels und Parmas nachzuweisen suchte. Die Beeinflussung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers von dieser Familie mußte um so stärker werden, je äußerlicher das Verhältnis zu seinem Großoheim war. Karl wurde zwar nach Schönbrunn zum dauernden Aufenthalt gezogen, seine Tätigkeit blieb aber darauf beschränkt, zu den Vorträgen des Generalstabschefs beim A. O. K. in Teschen hinzuge-

---

[1] Glaise-Horstenau S. 79.

[2] Cramon-Fleck S. 153.

[3] Prince Sixte de Bourbon de Parma: Le traité d'Uetrecht et les lois fondamentales du royaume. Paris. Champion 1914.

zogen zu werden. Als Kommandeur des k. u. k. XX. Korps, mit dem er 1916 gegen Italien kämpfte, wie seit dem 1. Juli 1916 als Oberbefehlshaber der 12. deutschen Armee und der „Heeresgruppe Erzherzog Karl", war er allen seinen militärischen Pflichten nachgekommen. Mehr als den Beweis eines liebenswürdigen, freundlichen jungen Herrn [4] warf er nicht in die politische Wagschale.

Nach dem Tode Franz Josephs gab Kaiser Karls Thronmanifest vom 21. November 1916 [5] den ersten politischen Richtungspunkt. Der Kaiser wollte seine Monarchie, deren Machtstellung „in der altverbrieften, in Not und Gefahr besiegelten, untrennbaren Schicksalsgemeinschaft ihrer beiden Staaten" wurzelte, mit den angegliederten Ländern Bosnien und Herzegowina einer Zeit der inneren Blüte entgegenführen. Hierzu versprach er, die verfassungsmäßigen Freiheiten hochzuhalten und die Rechtsgleichheit zu wahren. In der Friedensfrage war er bereit, alles zu tun, um die Schrecknisse und Opfer des Krieges in kürzester Zeit zu bannen.

Die rechtliche Uebernahme der Würde des Kaisers von Oesterreich ging vor sich mit dem Eid auf die Verfassung. Dieser Forderung kam Karl bei seiner Thronbesteigung nicht nach. Sein Gelöbnis sollte der Schlußstein einer ihm unvermeidlich erscheinenden Verfassungsreform sein [6]. Durch die Krönung zum König von Ungarn jedoch legte er sich auf die dualistische Verfassung von 1867 fest. Er wurde am 31. Dezember 1916 als Karl IV. zum König von Ungarn gekrönt. Die nationale Machtstellung Ungarns, verkörpert in dem Ministerpräsidenten Tisza, zwang den König, der ungarischen Forderung nachzukommen. Somit schuf der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn bei seiner Thronbesteigung zwei verfassungsrechtliche Möglichkeiten. Für den national geführten Teil seiner Doppelmonarchie legte er den Eid verfassungsgemäß ab, während er die Regelung der Nationenkämpfe in Oesterreich der Zukunft anheimstellte.

Eine gegensätzliche Auffassung der verbündeten Monarchen über außenpolitische Notwendigkeiten trat bei dem von dem Minister des Aeußeren Burian schon vor Kaiser Franz Josephs Tod angeregten Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember zutage. Noch bevor die ablehnende Antwort der Entente vorlag, sandte Kaiser Karl einen Entwurf zu einem neuen Friedensvorschlag an Kaiser Wilhelm II. [7] Die Ablehnung durch den deutschen Kaiser und die O. H. L. stellte zwei Fronten unter den Bundesgenossen her. Während die deutschen verantwortlichen Politiker dem österreichischen Kaiser den Versuch zuschoben, durch weitere Friedensversuche den Widerstandswillen der Feinde zu stärken, brachte man sie auf österreichisch-un-

[4] Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 215, Cr. Fl. 156.
[5] Vorwärts, 22. 11. 1916.
[6] Glaise-Horstenau S. 86.
[7] Cramon-Fleck S. 158.

garischer Seite in den Ruf, einen unmöglichen Siegfrieden zu beabsichtigen [8].

Die radikalen Veränderungen in der Armee bewiesen, daß der Kaiser geneigt war, alle militärischen Bindungen zum deutschen Bundesgenossen auf eine neue Grundlage zu stellen. Zunächst verlegte er das A. O. K. von Teschen nach Baden. Damit war die örtlich enge Verbindung mit der deutschen O. H. L. aufgegeben. Der deutsche Druck auf Durchführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges sah den Kaiser als entschiedenen Gegner dieses Unternehmens [9]. Am 12. Februar 1917 stellte ein kaiserliches Handschreiben den Erzherzog Friedrich, den deutschfreundlichen stellvertretenden Armeeoberkommandanten, ungnädig zur Verfügung. Der Kaiser übernahm selbst den Oberbefehl. Die Folge war, daß das Kaiser Wilhelm II. zugestandene Befehlsrecht über die gemeinsamen Streitkräfte aufgehoben wurde. Damit wurde das Befehlsrecht durch Verhandlungen ersetzt. Das Reformbedürfnis des österreichischen Kaisers für die Heeresleitung war am Ziel, als er am 1. März 1917 den trotz sachlicher Gegensätze bedingungslos zum deutschen Bundesgenossen stehenden Chef des Generalstabes Conrad v. Hoetzendorff seines Amtes enthob. Ueber die treibenden Kräfte zu dieser Entscheidung gab Conrad Auskunft: „Unser Kurs ist antideutsch, tschechisch, klerikal . . . dahin habe ich nicht gepaßt“ [10]. Der Nachfolger Conrads wurde Arz v. Straußenburg. Da der Kaiser auch die Auswirkungen der Kriegsausnahmegesetze, die über die Grenzen der Militärjustiz hinausreichende Tätigkeit des A. O. K. beschränkte [11], schied das Heer als der politische Machtfaktor, der es unter Conrad gewesen war, aus [12]. Kaiser Karl war nicht mehr der „Gefangene seiner Generale“ wie nach seiner Meinung der deutsche Kaiser.

Diese Haltung dem deutschen Bundesgenossen gegenüber machte verständlich, daß der Kaiser durch die Kaiserin Mutter geheime außenpolitische Beziehungen über den Prinzen Sixtus anknüpfte. Sixtus und sein Bruder Xaver leisteten Kriegsdienste im belgischen Heer, der Armee ihrer Cousine, da sowohl Kaiser Franz Joseph, wie die französische Regierung auf ihre gefährliche Teilnahme im Krieg verzichtet hatten. Am 5. und 14. Dezember 1916 sprach die Kaiserin Mutter ihren Söhnen den dringenden Wunsch aus, sie wiederzusehen [13]. Am 28. Januar brachte sie ihnen in Neuchâtel die Botschaft, daß der österreichische Kaiser unmittelbar mit ihnen über den Frieden ver-

---

[8] Erzberger, Erlebnisse, S. 120.
[9] Glaise-Horstenau, S. 91.
[10] Nowak, Weg zur Katastrophe. S. XXXVI.
[11] Vorwärts, 27. Juni 1917. Glaise-Horstenau S. 99.
[12] Arz, Zur Geschichte des großen Krieges. S. 89.
[13] Denkschrift des Prinzen Sixtus für den Präsidenten Poincaré vom 5. 3. 1917. Fester S. 249.

handeln wolle. Der Vorschlag ihres Sohnes am 13. Februar zielte auf öffentlichen Abfall vom Bundesgenossen oder geheime Konvention. Der Monarch legte seine persönliche Haltung in seiner Verbalnote vom 2. März fest: „Wir werden Frankreich unterstützen und mit allen Mitteln auf Deutschland einen Druck ausüben . . .“ [14]. Die Voraussetzungen über die Auffassung der Pflichten des deutsch-österreichischen Bündnisses durch den Kaiser wurden deutlich.

Die Tragweite seiner Handlung bestand darin, daß der Prinz am 5. März diese Note dem französischen Präsidenten Poincaré übergab. Als Ergebnis dieser Besprechung gab der Prinz dem Kaiser als französische Voraussetzung zur Friedensverhandlung den Punkt an, daß Frankreich niemals willens sei, mit Deutschland vor einem Siege zu unterhandeln [15]. Die persönliche Ueberredung des Kaisers wagte Sixtus bei seinem geheimen Besuch in Wien. Am 24. März entwarf er seinem Schwager einen Brief, den dieser abschrieb und unterzeichnete. Der Mangel an eigenem Willen Karls und einer klaren Vorstellung von seinem Staat ließen die Grenzen dem Feinde gegenüber so verschwimmen, daß der eigene Bundesgenosse aufgegeben wurde. Kaiser Karl schrieb: „Es ist daher für mich, obwohl wir für den Augenblick Gegner sind, besonders erfreulich zu sehen, daß mein Reich von Frankreich durch keine wirklichen Interessengegensätze getrennt ist, und daß meine lebhaften, in der ganzen Monarchie geteilten Sympathien für Frankreich wohl zu der Hoffnung berechtigen, die Wiederkehr eines Krieges, für den ich nicht verantwortlich bin, in Zukunft zu vermeiden. Deshalb und zur Kundgebung der Aufrichtigkeit meiner Gefühle in präziser Form, bitte ich Dich, dem Präsidenten der französischen Republik, Herrn Poincaré, geheim und nicht offiziell Mitteilung zu machen, daß ich mit allen Mitteln und mit meinem ganzen persönlichen Einfluß die gerechten französischen Zurückforderungen Elsaß-Lothringens unterstützen werde“ [16].

Diesen Brief lieferte Sixtus am 31. März in die Hände Poincarés und des französischen Ministerpräsidenten Ribot. Als Lloyd George am 11. April in Folkestone von Ribot eingeweiht wurde [17], bestand eine Verbindung des österreichischen Bundesgenossen mit den leitenden Staatsmännern der Entente, den leidenschaftlichsten Hassern des deutschen Militarismus, auf der Grundlage einer Bekämpfung deutscher Ansprüche.

Am 3. April fand eine Kaiserzusammenkunft der verbündeten Monarchen in Homburg statt. Da Kaiser Karls Bemühungen für die französischen gerechten Ansprüche, nur halb gewagt, nicht zum Ziele führten, entschloß er sich den Kriegswillen des Bundesgenossen ein-

---

[14] Fester S. 53.
[15] Brief Sixtus vom 16. 3. 1917, Ludendorff, Urkunden S. 371.
[16] Zitat nach Festers Uebersetzung. S. 370.
[17] Lloyd George „War Memoirs“ IV, S. 2000.

mal durch die Fortführung der Verhandlungen mit Sixtus, zum anderen durch die Beeinflussung der deutschen Öffentlichkeit zu zermürben.

Der Kaiser war bei den weiteren Unterhandlungen mit dem Bruder seiner Gemahlin zu einem Separatfrieden mit der Entente bereit, wünschte aber nicht, zu einem offenen Verrat gegenüber Deutschland gezwungen zu sein [18]. Am 8. und 9. Mai empfing der Kaiser den Prinzen zu einem zweiten Besuch am Hofe in Laxenburg [19]. Die Verhandlungen über einen Sonderfrieden — es handelte sich um Gebietsabtretungen Oesterreich-Ungarns an Italien — zerschlugen sich. Mit dem Brief Kaiser Karls an seinen Schwager vom 9. Mai 1917 [20] sah Sixtus seine Mission gescheitert. Der Kaiser verschob weitere Besprechungen. Er stattete Sixtus seinen Dank ab für seine Bemühungen, indem er gestand: „obgleich die Geschehnisse, für welche ich nicht die geringste Verantwortung trage, uns getrennt haben, ist meine Zuneigung zu Dir dieselbe geblieben“ [21]. Die Lossagung von der Verantwortung bezog sich auf die vollzogene Lossagung des österreichischen Kaisers vom deutschen Bundesgenossen.

Für den zweiten unterirdischen Weg nach der Homburger Kaiserzusammenkunft benutzte der Kaiser die Denkschrift seines Ministers des Aeußeren Czernin vom 12. April [22], die unter Berücksichtigung der russischen Revolution den Zusammenbruch der Doppelmonarchie für das Ende des Jahres 1917 voraussagte. Die Wirkung dieser Kritik der Lage auf den von Natur weich veranlagten Kaiser war, von den hohen Frauen seiner Familie, von Geistlichen aus ethischen und religiösen Gründen und aus nervöser Revolutionsfurcht gedrängt [23], ein gesteigertes Bemühen um den Frieden. Die nicht offene Art trat zutage, als plötzlich im Juli 1917 der deutsche Reichstagsabgeordnete Erzberger im Reichsausschuß der Zentrumspartei den Inhalt der nur in 4 Abschriften bestehenden Denkschrift verlas. Kaiser Karl forderte im deutschen Hauptquartier eine strenge Untersuchung, wie seine Abschrift in die Hände des Zentrumsabgeordneten gekommen sei [24]. Er bestand auf seiner Vermutung der Unredlichkeit dieses Vorgangs, bis ihm v. Cramon im allerhöchsten Auftrage mitteilte, daß Erzberger am 31. August durch Vorlage der Einladung der Wiener Kabinettskanzlei den Empfang der Denkschrift

---

[18] Erklärung des Grafen Erdödy an Sixtus v. 25. 4. Ludendorff, Urkunden S. 385.

[19] Ludendorff, Urkunden, S. 387.

[20] Ludendorff, Urkunden, S. 386.

[21] Ludendorff, Urkunden, S. 386.

[22] Ludendorff, Urkunden, S. 375.

[23] Graf Wedel, In seinem Bericht über die Denkschrift a. d. deutsch. Reichskanzler, am 18. 4. Fester S. 251.

[24] Cramon-Fleck, S. 179.

am 23. April nachweisen konnte. Der österreichische Kaiser erklärte diese Tatsache als unglückliches Mißverständnis [25].

Während der Kaiser außenpolitisch nicht alltägliche Wege ging, wuchs innenpolitisch der Druck der nicht staatsrechtlich mit ihrem Herrscher gebundenen Oesterreichischen Nationen und Parteien. Ihre Forderung nach „unabweislichen Staatsnotwendigkeiten" zielte auf die Wiedereinberufung des Parlaments. Die anfängliche Abneigung des Kaisers gegen einen Zusammentritt des Reichsrats vor einer verordneten Verfassungsreform änderte die Gefahr der russischen Revolution. Durch kaiserliches Patent wurde für den 30. Mai der Reichsrat berufen. In der Thronrede [26] bei der Eröffnung legte der Kaiser seine Herrscherrechte auf einen „wahrhaft konstitutionellen Geist" fest. Die Mitarbeit in der Regierung gestand er einer den Kreis ihrer Befugnisse richtig erfassenden Volksvertretung zu. Indem er als Zweck der Beratungen die Ausgestaltung der verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen feststellte, verschob er bis zur Erfüllung dieser Aufgabe sein Gelöbnis auf die Verfassung.

Die Vorstellung vom Geist der Demokratie vereinigte sich bei Kaiser Karl mit dem Zurückweichen vor dem Gegner. Nur hieraus wurde der den Ministern selbst unerwartete politische Amnestieerlaß vom 2. Juli 1917 [27] verständlich. Der Namenstag eines Erzherzogs gab Veranlassung zur Begnadigung über „bedauernswerte politische Verirrungen" wie: Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses. Störung der öffentlichen Ruhe, Aufstand und Aufruhr. Es machte den Eindruck des Niederreißens aller Selbsterhaltungsgrenzen, als sich an diesen Akt der Krone das Verbot anreihte, ohne ausdrückliche Zustimmung Sr. Majestät Fliegerbomben hinter der feindlichen Front abzuwerfen und bei der Bekämpfung feindlicher Flieger Brandmunition zu verwenden. Die gleiche Charakteristik des Zurückweichens kam den kaiserlichen Erlassen über das Verbot des Zweikampfes (4. Novbr. 1917) und über die Aufhebung einer Disziplinarstrafe im Heer (23. März 1917) zu. In seinem Reich stieß der Kaiser mit dieser Haltung auf die scharfe Ablehnung des Offizierkorps [28].

Der Charakter Kaiser Karls kam am deutlichsten zum Ausdruck, als der französische Ministerpräsident Clemenceau am 14. April 1918 den Sixtusbrief der Öffentlichkeit übergab. Die Veröffentlichung war eine Antwort auf die Herausforderung des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußeren [29], der Clemenceau durch dessen unnachgiebige Haltung in der Frage Elsaß-Lothringens bezichtete, Friedensbemühungen abgebrochen zu haben. Clemenceau strafte den österreichisch-

[25] Cramon-Fleck, S. 179.
[26] Neue Freie Presse, 3. Juni 1917.
[27] Vorwärts, 3. Juli 1917.
[28] Ludendorff, Erinnerungen, S. 256; Arz, S. 64.

ungarischen Minister Lüge durch die Berufung auf Kaiser Karl, der in seinem Brief vom 24. März 1917 die Bestätigung dessen ausgesprochen hatte, worüber die Verhandlungen noch geführt werden sollten. Der Kaiser wies anfänglich in einem Telegramm an Kaiser Wilhelm II. die französische Verleumdung zurück [30]. Bei der Unausweichbarkeit des Beleges gestand er, an seinen Schwager geschrieben zu haben: „Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zu Gunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es aber nicht“ [31]. Den angeblichen Entwurf dieses Briefes legte Kaiser Karl dem deutschen Bevollmächtigten beim A. O. K. General v. Cramon vor. Dieser hielt ihn für echt, da er einem kaiserlichen Wort glaubte [32]. Der Versuch der Fälschung des Briefes wurde von französischer Seite abgewiesen durch die Veröffentlichung einer Erklärung der Regierung, die auf Grund von Tatsachen den sonst üblichen Ton unter Staatsmännern vermissen ließ. Sie behauptete: „Es gibt Leute, deren Gewissen verdorben ist. Karl schwätzt wie ein Irrsinniger und sieht sich gezwungen, seinen Schwager anzuschuldigen“ [31]. Der Glaube an die Treue Kaiser Karls wurde sowohl beim Deutschen Bundesgenossen, wie in Österreich-Ungarn vernichtet. Vertreter des Herrenhauses legten gegen die Politik der Unverantwortlichen vor aller Welt Verwahrung ein. In Salzburg wehten schwarze Fahnen [33].

Durch v. Cramons Vermittlung kam Kaiser Karl am 12. Mai 1918 nach Spa. Die „Canossa-Fahrt“ gab die Parole der Vertiefung des Bündnisses aus, in einem Augenblick, als das Bündnis selbst auf des Messers Schneide stand. Den Grund für die tatsächliche Erfolglosigkeit der Zusammenkunft sah v. Cramon darin, daß Kaiser Karl bei persönlichen Verhandlungen mit den deutschen Politikern nicht aus sich heraus ging.

Die bisher aufgezeigten Tatsachen zeigen, daß die Persönlichkeit Kaiser Karls nicht in zähem Willen und eiserner Konsequenz beruhte, sondern in einer, oft die Grenzen der Wirklichkeit überschreitenden, nachgebenden Sprunghaftigkeit. Sein Friedensdrängen nahm stärkere Formen an, als sein Minister des Äußeren für Österreich-Ungarn die Einleitung von Vorverhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten in Anspruch nahm. Der deutsche Kaiser war in seinem Telegramm vom 14. Sept. mit diesem Schritt nicht einverstanden [34]. Der eindringliche Hinweis auf den Inhalt des Bündnisses

---

[29] Rede Czernins am 3. April 1918, N. Fr. Presse, 4. IV.
[30] Vorwärts, 13. April 1918.
[31] Vorwärts, 15. April 1918.
[32] Cramon-Fleck, S. 192.
[33] Ludendorffs Urkunden, S. 394.
[34] Graf Wedel in Ludendorffs Urkunden, S. 580.

kam zu spät. Kaiser Karl hatte schon in die Veröffentlichung der Note an die kriegführenden Mächte eingewilligt.

Trotz der schwierigen innerpolitischen Lage erschien die radikale verfassungsrechtliche Lösung durch das Manifest vom 18. Oktober unerwartet [35]. Kaiser Karl verkündete den bisher immer vorbehaltenen Schritt zum „Neuaufbau des Vaterlandes". Oesterreich sollte, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaat mit eigenen staatlichen Gemeinwesen werden. Die Bindungen österreichisch-ungarischer Politik im Innern waren damit zerrissen. Sie zogen die Lösung des Bündnisvertrages in der äußeren Politik nach sich. Zum Vollstrecker dieser Tat machte sich der ungarische Minister des Äußeren Andrassy. Am 26. Oktober gab der österreichische Kaiser seinem Bundesgenossen von dem Plan eines Sonderfriedens Kenntnis [36]. Er stellte die „innigsten bundesbrüderlichen und freundschaftlichen Gefühle" hinter der Erwägung zurück, „die Ordnung im Innern und das monarchische Prinzip" zu retten. Seinen unabänderlichen Entschluß, in 24 Stunden um einen Separatfrieden zu bitten, konnte der deutsche Kaiser nicht rückgängig machen. Mit der österreichisch-ungarischen Note vom 27. Oktober 1918 war das deutsch-österreichische Bündnis gesprengt.

Mit dem Sonderschritt rettete der Kaiser nichts. Der Zusammenbruch der Armee ließ von der Monarchie nur die Dynastie übrig. Durch den Verlust des staatlichen Rückhalts ergab sich die Notwendigkeit des kaiserlichen Thronverzichts für seine Person am 11. November. Ein leichter Unmut zog sich durch die Abdankungserklärung [37], daß die Völker der Monarchie in der Person des Kaisers, trotzdem er das verfassungsmäßige Leben wiederherstellte und den Nationen den Weg zu ihrer selbständigen staatlichen Entwicklung öffnete, ein Hindernis ihrer freien Entfaltung sahen. Die Betonung seiner persönlichen Schuldlosigkeit am Ausbruch des Krieges faßte noch einmal seine politische Vorstellung vom Weltkrieg zusammen.

Wenn der Kaiser sich an dieser Stelle von der Schuld am Ausbruch des Krieges lossagte, so konnte er sich nicht von der Schuld des Zusammenbruches lossagen. Das Fundament der deutschen sowohl, wie der österreichisch-ungarischen Politik mußte das gegenseitige Vertrauen zum Bundesgenossen sein. Karl sah jedoch „die zu enge Verbindung seines friedensbedürftigen Staates mit dem zur Weltmacht gewordenen Sieger im Feldzug 1870—71" als einen Grund, der seine Monarchie mit Feindschaft belasten mußte [38]. Er war von der Vorstellung befangen, daß durch die größere Macht seines Bündnis-

---

[35] Schultheß 34, 1918 II. S. 85.
[36] Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 34, 1918, 2. Teil, S. 85.
[37] v. Werkmann, Der Tote auf Madeira, S. 27.
[38] v. Werkmann, Der Tote auf Madeira, S. 80.

partners Österreich-Ungarn selbst dann keinen Gewinn davontragen würde, wenn es mit dem Verbündeten Sieger blieb[39]. Das Bündnis bedeutete ihm eine Erschwerung der inneren Politik der Doppelmonarchie, indem es die verschiedenen Nationalitäten in einen Kampf gegen die befürchtete Hegemonie der Deutschen und Magyaren hetzte.

Der Anklage des Bündnisbruches suchte er durch die Berufung auf ein Wort Bismarcks zu begegnen. „Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen". Kaiser Karl urteilte so, daß die Haltbarkeit des österreichisch-ungarisch-deutschen Vertrages im Weltkrieg auf die Probe gestellt war. Indem er die Zumutung zurückwies, Österreich-Ungarns Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, täuschte er sich über die Tatsache hinweg, daß trotz der Verletzung der Vertragstreue der Zusammenbruch nicht verhindert war. Der Grund lag darin, daß dem österreichischen Kaiser das Bewußtsein eines deutschen Fürsten fehlte. Er war weder Deutscher, noch Slawe, noch Magyar. Er war anational.

2. Die Minister des Äußeren.

Die Lage, vor die die verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik der Verbündeten zur Zeit des Thronwechsels in Österreich-Ungarn gestellt waren, umschrieb die deutsche O. H. L. so: „den Krieg durch militärische Schläge der Landheere nicht zu Ende bringen zu können"[1]. Diese Tatsache ließ zwei Lösungsmöglichkeiten zu. Einmal konnte die Bereitschaft zu Friedensverhandlungen, zum andern die Verstärkung der verbündeten Streitkräfte durch die Waffe des U-Bootkrieges eine baldige Beendigung des Krieges herbeiführen.

Die Anregung für den ersten Weg gab schon vor dem Thronwechsel der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren Graf Burian[2]. Der Erfolg der gemeinsamen Erwägungen war das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezbr. 1916[3]. Die Verwirklichung dieses Schrittes schien zu diesem Zeitpunkt möglich, weil sich durch den rumänischen Siegeszug die Forderung des deutschen Reichskanzlers erfüllte: „eine gute, für unsere Feinde in absehbarer Zeit nicht erfolgversprechende militärische Lage"[4]. Die vier Verbündeten luden zu Friedensverhandlungen ein. Auf Verlangen der deutschen Heeresleitung wurde die Kundgebung nach der Anschauung Burians zu stark auf Siegeszuversicht abgestimmt[5]. Die gemeinsame ableh-

---

[39] Karls Brief an Czernin vom Mai 1917, Cramon-Fleck, S. 218. Ebs. Bibl, v. Revolut. z. Revolut. S. 516.

[1] P. U. A. Bd. 8, S. 137, Nr. 145.

[2] Hoetzsch, Der Krieg u. d. große Politik, Bd. 3, S. 122.

[3] Ludendorff, Urkunden, S. 311.

[4] Ludendorff, Urkunden, S. 309.

[5] Glaise-Horstenau, S. 74.

nende Antwort der Entente vom 5. Januar 1917 gründete auf dem Satz: eine Anregung ohne Bedingungen ist kein Friedensangebot. Die damit geschaffene Lage erfuhr eine Verwicklung dadurch, daß der amerikanische Präsident Wilson die von der deutschen Regierung erfolgte Anregung einer Friedensvermittlung [6] am 18. Dezember wahr machte. Die Verbandsmächte stellten in ihrer Antwort vom 12. Januar 1917 als Grundlage der Erörterungen den Angriffswillen Deutschlands und Österreich-Ungarns fest und forderten von Österreich-Ungarn: „die Befreiung der Italiener, Serben, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft“ [7]. Die Ergebnislosigkeit der Friedensbemühungen der Verbündeten veranlaßte den Rücktritt des Urhebers dieses Schrittes. Die Demission Burians sollte politische Gegensätze überbrücken, deren Reichweite seine Erklärung umschrieb, daß er als unzulänglicher Pfleger der herzlichen Beziehungen zu Deutschland galt [8].

Der neue Minister Graf Czernin wollte nicht die Friedensfäden abreißen lassen. Das bewies das Telegramm an Kaiser Wilhelm II. vom 2. Januar 1917, das um eine Erneuerung des diplomatischen Versuches bat. Das Fehlschlagen dieser Bitte durch die Ablehnung des deutschen Kaisers machte den Kräften den Weg frei, die den zweiten Weg mit der Forderung nach dem uneingeschränkten U-Bootkrieg gehen wollten. Der deutsche Staatssekretär Zimmermann, dem als marinetechnischer Berater der Chef des Admiralstabes, Admiral v. Holtzendorf zur Seite stand, und General von Cramon erschienen am 20. Januar in Wien, um die österreichisch-ungarische Stellungnahme zum U-Bootkrieg durch Kaiser Karl, Czernin und das A. O. K. festzustellen [9]. Ihnen traten zwei Fronten gegenüber. General von Conrad und der k. u. k. Großadmiral Hauß befürworteten das Unternehmen, während der Kaiser und sein Außenminister ihre Abneigung nicht verhehlten, weil sie den Eintritt Amerikas in die Reihe der Feinde vermeiden wollten und voller Skepsis über die mögliche Absperrung Englands waren [10]. Der entscheidende Grund für das Nachgeben der Diplomatie lag ebenso wie in Deutschland nach der Feststellung Hindenburgs darin, daß die verbündeten Regierungen auf die Friedensvermittlung Wilsons keinen Wert mehr legten [11].

Trotz der Ankündigung des uneingeschränkten U-Bootkrieges für den 1. Februar 1917 ging Czernins Bemühen danach, Amerika von

---

[6] Telegramm des Reichskanzlers v. 23. 9. 1916, Ludendorff, Urkunden, S. 305.

[7] Ludendorff, Urkunden, S. 324.

[8] Burian: 3 Jahre . . . S. 24.

[9] Cramon-Fleck, S. 178 und Czernin: I. W. S. 161.

[10] Czernins Aufzeichnungen ü. d. Besprechung v. 20. Jan. 1917 I. W. S. 161.

[11] Hindenbg. a. d. Reichskanzler, am 16. 10. 1918, Lud. Urkunden, S. 345.

dem Abbruch der Beziehungen mit Österreich-Ungarn abzuhalten und andererseits eine mögliche Divergenz mit Deutschland vor der Öffentlichkeit zu verschleiern[12]. Sein Aide Mémoire vom 5. März 1917[13], das den österreichisch-ungarischen Standpunkt zur U-Bootfrage auf amerikanische Aufforderung präzisierte, trug diesen Grundzug. Mit dem Eingehen Czernins auf den amerikanischen Schachzug, mit Österreich-Ungarn durch eine Modifizierung des U-Bootkrieges die Beziehungen aufrecht zu erhalten, legte Czernin nach den Worten Tiszas ein Schwächebekenntnis ab. Die Ankündigung des U-Bootkrieges zog am 9. April die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland nach sich, während Österreich-Ungarn die diplomatischen Beziehungen zu Amerika abbrach.

Die österreichisch-ungarische Note zum U-Bootkrieg sah im U-Boot ein Kriegsmittel, um den Frieden näher zu kommen. Sie lehnte jeden Vernichtungsgedanken ab. Eine solche Zielrichtung gab Czernin bekannt, als er in die Verhandlungen seines Herrn mit dem Prinzen Sixtus nach der Zusammenkunft vom 13. Februar eingeweiht wurde. Die politische Seite der Verhandlungen baute bisher auf 4 Punkten auf, die Sixtus von Kaiser Karl als Grundlage verlangte.

1. Die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich ohne koloniale oder sonstige Kompensationen.
2. Die Wiederherstellung Belgiens mit seinem Kongobesitz.
3. Die Schaffung eines südslawischen Königreiches aus Bosnien-Herzegowina, Serbien, Albanien und Montenegro.
4. Den geheimen Waffenstillstand mit Rußland gegen das Zugeständnis der Gleichgültigkeit für Konstantinopel[14].

Die Antwort des Kaisers am 13. Februar hatte nur die Wiederherstellung Serbiens verworfen, weil Kaiser Karl ein Königreich Südslawien mit einem Erzherzog an der Spitze schaffen wollte. Da dem die conditio sine qua non des kaiserlichen Schwagers gegenüber stand, wurde der Minister des Äußeren Czernin aufgefordert, Richtlinien für den Friedensfühler vorzulegen[15]. Diese stellten das Bündnis als unauflöslich fest. Sie forderten Vorkehrungen gegen serbische Wühlereien, sie gestanden zu, daß Belgien wiederhergestellt und entschädigt werde, sie verwahrten sich gegen den Verdacht, unter dem Druck Deutschlands zu stehen. Den wesentlichsten Punkt über Elsaß-Lothringen formulierte Czernin so, daß Österreich-Ungarn nichts dagegen habe, wenn Deutschland auf Elsaß-Lothringen verzichte. Dieses Dokument erhielt der Prinz am 2. März in Genf. Drei Tage später

---

[12] Czernin I. W. S. 172.
[13] Czernin I. W. S. 381.
[14] Denkschrift des Prinzen Sixtus an Poincaré vom 5. März 1917, Fester S. 250.
[15] Fester S. 52.

wurde Sixtus vom Präsidenten Poincaré empfangen, der Czernins Dokument verwarf, die erwähnte geheime Verbalnote Kaiser Karls jedoch als Grundlage für weitere Verhandlungen bezeichnete.

Czernin bemühte sich, den deutschen Bundesgenossen auf den Friedensfühler aufmerksam zu machen. Der deutsche Reichskanzler Bethman-Hollweg gab am 15. März in Wien ein Minimal- und Maximalprogramm der deutschen Friedensbedingungen bekannt. Über einen Austausch der Erzlager von Briey-Longwy gegen Teile Lothringens oder des Elsaß ließ er die Möglichkeit von Verhandlungen offen, während der Erwerb von Briey-Longwy ohne Gebietsabtretung an Frankreich als Maximalgrundlage in Betracht gezogen werden könnte[16]. Bei den Fragen der Ostgrenze zeigte Czernin Interesse für die rumänische Aufteilung, wenn Deutschland an seiner Ostgrenze Berichtigungen vornahm.

Fast gleichzeitig am 16. März schrieb Sixtus seinen aufpeitschenden Brief an Kaiser Karl, in dem er Österreich-Ungarn zum Abfall von Deutschland bringen wollte[17]. Als Deckung für den moralischen Rückzug sollte der Kaiser eine von den unlösbaren Fragen zwischen ihm und Preußen, etwa die Polenfrage, aufwerfen. Am 22. März fand der heimliche Besuch des Prinzen in Wien statt. Während Czernin, der bei einer Besprechung zugegen war, an seinen aufgezeichneten Richtlinien festhielt, ließ sich der Kaiser am 24. März den unheilvollen Brief entwerfen.

Nach der Abreise des Prinzen am 25. März kam der deutsche Reichskanzler nach Wien. Das am 27. März unterzeichnete „Wiener Dokument“[18] faßte die Beratungen beider Staatsmänner zusammen Das Minimalprogramm der Friedensbedingungen sah vor, die Räumung der von den verbündeten Armeen in Rußland einschl. Polens, in Montenegro, Serbien, Albanien und Rumänien besetzten Gebiete von der Wiederherstellung des territorialen status quo ante bellum der beiden Mächte im Osten und Westen abhängig zu machen. Bei einem günstigen Frieden dachte man an dauernde Einverleibung feindlicher Gebiete, deren Zuteilung mit den beiderseitigen Leistungen in Übereinstimmung gebracht werden sollten. Neben der Übereinstimmig in der Frage von Annexionen schien die einheitliche Auffassung der Lage noch dadurch gesichert, daß die deutsche Regierung Czernins Erklärung vom 30. März über allgemeine Bereitwilligkeit, in Verhandlungen für einen ehrenvollen Frieden einzutreten grundsätzlich bejahte[19].

Am 3. April weilten Kaiser Karl, die Kaiserin Zita, Czernin und Arz zum Besuch in Homburg, um „den gerechten Ansprüchen Frankreichs auf Elsaß-Lothringen“ zum Siege zu verhelfen. Die Schilderung

[16] Fester, S. 59.
[17] Ludendorff, Urkunden, S. 371.
[18] Ludendorff, Urkunden, S. 373.
[19] Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 1. April 1917.

der österreichisch-ungarischen Lage durch den militärischen Sachverständigen Arz hob sich, trotz der kaiserlichen Forderung, die Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses durch die militärische Lage zu begründen [25], ab von dem düsteren Hinweis Czernins auf den baldigen Zusammenbruch der Monarchie. Der Minister bot unumwunden Galizien als Zugabe zu Kongreßpolen an, wenn Deutschland sich zur Abtretung der ganzen Reichslande entschloß. Für Galizien suchte er Ersatz auf dem Balkan [21]. Da dem Kaiser die Kraft fehlte, mit Kaiser Wilhelm, Hindenburg und Ludendorff zielbewußte Verhandlungen zu führen, ließ er seinen Minister in der elsaß-lothringischen Frage im Stich. Er suchte den deutschen Kaiser für die polnische Lösung im österreichischen Sinne zu bewegen. Hiermit nahm er den Vorschlag des Prinzen Sixtus auf. Da diese Gedanken auf Ablehnung stießen, schlugen Kaiser Karl und Graf Czernin einen anderen Weg ein.

Am 14. April sandte der österreichische Kaiser an Kaiser Wilhelm eine Denkschrift seines Ministers des Äußeren [22]. Zum ersten Male tauchte in dem kaiserlichen Begleitschreiben [23] die Furcht vor der internationalen Revolution und der allgemeinen Hungersnot auf. Czernin sagte den Zusammenbruch Österreich-Ungarns für den Spätsommer voraus. Die für ihn feststehende Erfolglosigkeit des U-Bootkrieges brachte ihn dahin, „einen weitergehenden detaillierten Friedensvorschlag“ anzuregen ohne Scheu vor großen und schweren Opfern. Als diese Denkschrift durch die deutsche Regierung eine Ablehnung erfuhr [24], erprobte der Kaiser ihre Wirkung über den Weg des deutschen Zentrumsabgeordneten Erzberger.

Nur in der Anwendung der Mittel unterschied sich Graf Czernin von seinem Herrn. Am 12. und 22. April hatte er mit dem deutschen Reichstagsabgeordneten Erzberger eine Unterredung, die Übereinstimmung beider für Besprechungen der „katholischen Internationale“ [25]. zeigte. Auf einem zweiten Wege wollte Czernin die Mehrheit des deutschen Reichstages stärken für den Kampf gegen die an Zahl schwächere, aber durch ihre Beziehungen zur deutschen O. H. L. mächtige Minorität, um über den Mehrheitsbeschluß des deutschen Reichstages eine gemeinsame Friedenshaltung der deutschen und österreichischen Regierung zu erzwingen [26]. Zu diesem Zweck gab er Erzberger Richtlinien [27].

[20] Cramon, S. 111, Arz, S. 156.

[21] Denkschrift Czernins über die poln. Frage bei Nowack „Der Sturz d. Mittelmächte“, S. 420—28.

[22] Ludendorff, Urkunden, S. 375.

[23] Ludendorff, Urkunden, S. 374.

[24] Ludendorff, Urkunden, S. 374.

[25] Erzberger, Erlebnisse, S. 117.

[26] Czernins Rede vom 11. Dezbr. 1918, S. 16.

[27] Czernin, Im Weltkriege, S. 212.

Als Mittel, das zu der beabsichtigten Erklärung des Reichstags führen sollte, benutzte Erzberger aus Holland stammendes, wahrscheinlich von Czernin geliefertes Zahlenmaterial [28], das eine Ergebnislosigkeit des U-Bootkrieges nachwies. Die Friedensresolution des deutschen Reichstags am 19. Juli erstrebte den Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung und versagte sich erzwungenen Gebietsabtretungen. Die Resolution knüpfte an Czernins Friedensbereitschaft vom 30. März an [29]. Die von Czernin ins Rollen gebrachte Lawine ging über das von ihm bestimmte Ziel hinaus, als der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg nach 8jähriger Kanzlerschaft seinen Rücktritt nehmen mußte.

Inzwischen übergab Sixtus am 31. März in Paris Karls Brief über die Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen dem französischen Präsidenten. Poincaré faßte die Lage der Verhandlungen mit dem österreichischen Kaiser in die Worte zusammen: „Es handelt sich also nicht um einen Waffenstillstand, sondern um einen Sonderfrieden, der den Block der Zentralmächte verkleinern soll und Österreich alsdann diplomatisch auf unsere Seite führen würde“ [30]. Am 11. April war der französische Ministerpräsident Ribot mit dem Brief bei dem englischen Premierminister Lloyd George in Folkestone [31]. Hier spielten zum ersten Mal die Ansprüche Italiens eine entscheidende Rolle. Beide Staatsmänner verabredeten, den italienischen Außenminister Sidney Sonnino zu einer Konferenz nach Saint-Jean-de-Maurienne einzuladen. Die 8 Tage später stattfindende Zusammenkunft mußte das Londoner Protokoll vom 26. April 1915 zwischen Italien und der Entente mit der österreichisch-französischen Sonderfriedensbasis in Einklang bringen. Das italienische Begehren zielte zum größten Teil auf Landbesitz der Doppelmonarchie. Die Eifersucht, mit der der italienische Außenminister bei der Konferenz über den Vertrag wachte, ließ es zu, daß Lloyd George eine Ermäßigung der europäischen Kriegsziele Italiens nicht anregen konnte. Nachdem Sonnino einen vorgesehenen Ersatz seiner österreichischen Ansprüche durch Smyrna pariert hatte, lehnte ein von Ribot redigiertes Protokoll ausdrücklich das Eingehen auf österreichische Anerbietungen ab, um die erforderliche Eintracht Englands, Frankreichs und Italiens nicht zu gefährden. Das Ergebnis der Konferenz von Saint-Jean-de-Maurienne war gegenüber der Lockerung des Bündnisses der Mittelmächte eine gesteigerte Einmütigkeit der Entente.

Sixtus meldete in einem Brief vom 22. April 1917 [32] das Ergebnis der Verhandlungen nach Wien. Hier war eine Woche vor der Zusammenkunft in St. Jean-de-Maurienne die Botschaft eines Vertrauens-

[28] Fester, S. 241.
[29] Wiener Fremdenblatt, 21. Juli.
[30] Fester, S. 19.
[31] Lloyd George „War Memoirs“ IV, S. 200 1. Jg.
[32] Fester, S. 98.

mannes des italienischen Hauptquartiers an den deutschen und österreichischen Gesandten in der Schweiz eingetroffen, die einen Frieden unter der einzigen Bedingung der Abtretung des Trentino anbot[33]. Sixtus erhielt von der Kaiserin eine Einladung, um zu der unvereinbaren Forderung des italienischen Hauptquartiers und des Außenministers Sonnino Stellung zu nehmen. Am 8. und 9. Mai fanden in Laxenburg die Gespräche der zweiten Wiener Reise des Prinzen Sixtus statt. Den Kernpunkt der Unterhandlungen bildete die Kompensation für das Trentino. Für Czernin war diese weder das von Sixtus vorgeschlagene Erythrea noch Somaliland, sondern Rumänien. Czernin faßte seine politischen Forderungen in einer Note zusammen[33a]. Eine einseitige Gebietsabtretung war für ihn ausgeschlossen. Er forderte Garantien für die Integrität der Monarchie bei einer Friedenskonferenz. Der Minister sah vor, nach der Antwort der Entente auf diese beiden Punkte mit dem deutschen Bundesgenossen in Besprechungen einzutreten. An dem Punkt, den Czernin mit der Stellung zum deutschen Bundesgenossen berührte, nahm Sixtus in der Poincaré vorgelegten Übersetzung eine über das zulässige hinausgehende Deutung vor, indem er Österreich-Ungarn bereit sein ließ, nach der Regelung der Kompensation und der Garantie der Integrität durch die Entente einen Sonderfrieden abzuschließen[34]. Das kaiserliche Schreiben an Sixtus vom 9. Mai[35] zeigte, daß sich der Kaiser streng an Czernins Richtlinien hielt. Weder vom Waffenstillstand noch von Kompensationen für das Trentino durch Rumänien war die Rede. Damit mußte Sixtus seine Mission als gescheitert ansehen. Die Verbindung Czernins und seines Herrn mit Frankreich war Mitte Juni endgültig gelöst. Am 20. Mai hatte der Prinz mit dem mageren Verhandlungsergebnis seines Wiener Besuches bei Poincaré eine Abweisung erfahren. Sein Besuch bei Lloyd George 3 Tage später und sein Empfang bei König Georg V. ließ noch einmal große Hoffnungen aufleuchten: Denn Lloyd George gab die Anregung einer Zusammenkunft des englischen und italienischen Königs mit ihren verantwortlichen Ministern zu einem Gedankenaustausch[36]. Die Ablehnung

---

[33] Lloyd George „War Memoirs“ IV. S. 2008.

[33a] Ludendorff, Urkunden, S. 386.

[34] Sixtus Text am 3. 1. 1920 in der „Illustration“ veröffentlicht. Danach hat der Punkt 3 des Dokuments Czernins: „Eine definitive Antwort kann erst nach Beantwortung der vorstehenden zwei Punkte gegeben werden, da Oesterreich-Ungarn erst dann mit seinem Verbündeten in Besprechung eintreten kann“, folgende Aenderung erfahren: „Aussitôt que les deux conditions susmentionnées (compensation de frontière et garantie de l'intégrité de la Monarchie) auront été acceptées par l'Entente, l'Autriche-Hongrie pourra conclure la paix séparée avec l'entente. Alors seulement elle mettra ses alliés actuels au courant de la situation“.

[35] Ludendorff, Urkunden, S. 382.

[36] Lloyd George „War Memoirs“ IV. S. 2030.

Italiens jedoch machte alle Bemühungen des Prinzen Sixtus, von Lloyd George schmerzlich empfunden, ein Ende. Er kehrte an die Front zurück.

Am 17. und 18. Mai erwiderte Czernin den Besuch des Reichskanzlers vom 13. Mai im Großen Hauptquartier in Kreuznach. Der Ausgangspunkt der Verhandlungen mußte für Deutschland sein, daß in Homburg Österreich durch die Zugabe Galiziens zu Polen seine geringe Einschätzung dieses Landes gezeigt hatte. Der Plan, die Doppel-Monarchie gegen Rumänien zu sichern und auf dem Balkan zu stärken, wurde aufgegriffen. Falls Deutschland die territoriale Angliederung Kurlands und Litauens, sowie die vorgesehene Anlehnung Polens durchsetzte, sollte das besetzte Rumänien mit Ausnahme der bulgarischen Dobrudscha als besonderer Staat in die Interessensphäre Österreich-Ungarns fallen unter der Sicherung wirtschaftlicher Beteiligung Deutschlands in Rumänien. Neben der rumänisch-serbischen Frage wurde die Dringlichkeit der Lösung der polnischen Frage betont.

Einen solchen Boden bereiteten die Kreuznacher Abmachungen vor, als der Vatikan sich um Frieden bemühte. Der Friedensvorschlag des Papstes vom 1. August 1917 [37] stellte die Gedanken an die Verminderung des Rüstungswesens, die Errichtung eines Schiedsgerichtes, die Freiheit der Meere, den gegenseitigen Verzicht auf Schadenersatz und Kriegskosten als Leitsätze auf. Der entscheidende Punkt war aber die Forderung einer klaren Erklärung der deutschen Regierung über ihr Kriegsziel in Belgien [38]. Zu der Hoffnung Czernins, daß Deutschland zum Verzicht bereit sei, stand die Erklärung des nunmehrigen Reichskanzlers Michaelis in schroffem Widerspruch [39]. Michaelis wollte auf dem Wege über Verhandlungen Belgien militärisch, wie wirtschaftlich dem deutschen Einfluß unterwerfen. Czernin erklärte dies als ein schweres Friedenshindernis, das im direkten Widerspruch zum Willen des deutschen Reichstages stand [40]. Dieser Bruch zeigte sich zwischen Czernin und dem Reichskanzler, während beide in ihrer Antwort auf die Papstnote vom 20. bezw. vom 19. September sich zum Frieden auf der moralischen Grundlage des Rechts bereit erklärten.

Auf Anregung des französischen Generalstabes und ohne Wissen Ribots [41] spannen gleichzeitig der aus der französischen Schwerindustrie stammende Generalstabsmajor Armand mit dem österreichischen Legationsrat a. D. Revertera unter dem Deckmantel verwandtschaftlicher Beziehungen politische Fäden. Vom 7. bis 9. August

[37] Ludendorff, Urkunden, S. 423.
[38] Lloyd George „War Memoirs“ IV. S. 2049.
[39] Czernin, Im Weltkrieg. S. 214, Brief Michaelis an Czernin.
[40] Czernin, Im Weltkrieg, S. 219.
[41] Glaise-Horstenau, S. 124.

fanden die ersten Besprechungen der Unterhändler statt. Wenn Österreich-Ungarn sich aus dem Kriege zurückzog, strikte Neutralität beobachtete und an Italien das Trentino und Triest abtrat oder aus Triest einen Freihafen machte, versprachen die Westmächte die Angliederung Polens in den Grenzen von 1772 und des Königreichs Bayern an den habsburgischen Föderativstaat und die Einverleibung der schlesischen Eroberungen Friedrichs II. in die österreichischen Erblande [42].

Bei seinem Besuch vom 14. und 15. August in Berlin stand Czernin für die Abtretung Elsaß-Lothringens auf dem Boden seines polnisch-galizischen Kompensationsvorschlages. Als Mittler wandte sich Czernin durch einen Brief seines Herrn an den deutschen Kronprinzen [43]. Aber auch dieser verwarf den Vorschlag. Die Möglichkeit kolonialer Entschädigung Deutschlands wurde in der zweiten Unterredung Armand-Revertera im Falle einer Wiederherstellung Belgiens einbezogen. Die eigentliche Wucht neuer Vorschläge der Entente lag in der Feststellung, daß die Westmächte die Absicht des österreichischen Kaisers begrüßen würden, seinen Staat in einen Bund der Völker mit weitgehender Autonomie der zugehörigen Staaten nach dem demokratischen Geist der Bevölkerung umzuwandeln. Damit sollte der tiefe Spalt zwischen Österreich und dem Slawentum beseitigt werden, der mit einer Lösung vom deutschen Militarismus Hand in Hand gehen konnte [44]. Der Kaiser und Czernin wurden einem Abbruch der Verhandlungen enthoben, als auch dieser Faden nach dem Bekanntwerden der Czernin-Denkschrift fallen gelassen wurde.

Aus der festgefahrenen Politik suchte Czernin am 1. September bei dem Besuch des neuen deutschen Staatssekretärs von Kühlmann in Wien einen Ausweg. Er wagte eine entscheidende Kritik an dem Kreuznacher Mai-Abkommen. Er erklärte sich bereit, das Abkommen in dem Sinne abzuändern, daß Deutschland in Rumänien, Österreich in Polen eine Vorzugstellung erhielt. Man trennte spezifisch österreichische von spezifisch deutschen Fragen, die jeder ohne Vermittlung des anderen klären sollte. Zu der einen gehörte die Trentino-, die Triestiner- und die serbische Frage, zu der anderen die elsaß-lothringische und die belgische Frage. . . . Nur die polnischen und rumänischen Interessen sollten gemeinsam behandelt werden [45].

Das Bewußtsein seiner Selbständigkeit ging bei Czernin so weit, daß er sich am 2. Oktober in seiner großen Rede [46] beim ungarischen Ministerpräsidenten rühmte, der Schöpfer einer „neuen Weltordnung" zu sein. Die Vertreter der ihm feindlichen alten Weltordnung standen

---

[42] Fester, S. 169, 258, 284.
[43] Nowak, Sturz der Mittelmächte. S. 418, Brief vom 20. August 1917.
[44] Fester, S. 176.
[45] Fester, S. 284.
[46] Neue Freie Presse, 3. Oktober 1917.

im Lager des annexionistischen Militarismus. Ihn wollte Czernin mit den vier Grundsätzen zu einem Verständigungsfrieden überwinden. Sie lauteten: die Weltabrüstung mit verbindlichen Schiedsgerichten, das freie Meer, der Friede ohne Landverschiebung und die Verhinderung des Wirtschaftskrieges. Nach Czernins Theorie sollte jeder Staat von seiner Selbständigkeit etwas abgeben, um den Weltfrieden zu sichern. Er nahm für sich das Verdienst in Anspruch, an der Spitze „dieser großen pazifistischen Bewegung" zu stehen. Die Rede, die eine Ausführung der Antwortnote an den Papst darstellte, wurde in ihrer inneren Kampfeshaltung durch die Forderung umschrieben: „Der Krieg als Mittel der Politik muß bekämpft werden". Dieses Wort mußte die feindliche Front ebenso mit neuer Energie laden, wie die Anhänger des Pazifismus und der Internationale in den eigenen Reihen.

Dabei hatte sich Czernin gegen Querschüsse aus seiner nächsten Umgebung zu schützen. Sein Brief vom 17.—19. November 1917 gab zu, daß es zwischen ihm und dem Kaiser nicht zum besten stand [47]. In dessen Augen bedeutete es eine politische Niederlage seines Ministers, als am 7. Dezember die bisher unterbliebene amerikanische Kriegserklärung an Österreich-Ungarn mit der Begründung folgte, daß es völlig unter die Herrschaft der Hohenzollern geraten sei [48]. Wenn aus der Vertagung eines erneuten Gedankenaustausches Revertera-Armand [49] eine Zurückhaltung Clémenceau's sprach, so stand durch die Genfer Verhandlungen des Generals Smuts mit dem Grafen Mensdorff vom 18. und 19. Dezember fest, daß Lloyd George die scheinbare Gelegenheit zu einem Sonderfrieden mit Kaiser Karl festhalten wollte. Verhandlungen mit dem deutschen Reiche wurden von vornherein abgelehnt. In der Loslösung Österreich-Ungarns von Deutschland sah der englische Abgesandte seine Hauptaufgabe [50]. Es wurde durch den anglisierten Buren Smuts noch einmal die Hoffnung auf den Donau-Völkerstaat erweckt, indem einem Opfer der rumänischen Teile der Bukowina, Bosniens-Herzegowinas, des Trentinos der Gewinn in der austro-polnischen Lösung, im engen Bündnis mit Rumänien und Serbien gegenüber gestellt wurde. Italienische Kompensationen, wurden nicht angeboten. Aber auch dieses Unternehmen weckte nur Illusionen, da das Programm Wilsons den politischen Forderungen Czernins mehr entsprach. Der Versuch Lloyd Georges im März 1918 durch seinen Geheimsekretär Kerr eine Fortsetzung des Gesprächs herbeizuführen, wurde von Czernin abgelehnt [51].

Der Gefahrenherd für alle am Weltkrieg beteiligten Völker war die russische Revolution vom 11. April 1917. Den Mittelmächten stand

[47] Czernin, Im Weltkrieg, S. 296—301.
[48] Glaise-Horstenau, S. 133.
[49] Fester, S. 211.
[50] Glaise-Horstenau, S. 162.
[51] Ludendorff, Urkunden, S. 486.

die Möglichkeit offen, die Umklammerung der Heere im Osten zu lösen. Als am 14. April die österreichisch-ungarische Regierung von der Erklärung der provisorischen Regierung Rußlands Kenntnis nahm, tat sie es mit dem Wunsche, daß es bei der Gleichheit der Ziele beider Regierungen, dem Kampf für die Verteidigung und die Freiheit seiner Völker, nicht schwer sei, den Weg der Verständigung zu finden [52]. Um den Marsch auf diesem Wege zu beschleunigen, richteten die deutschen, österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten von einer Tagung in Berlin an ihre Regierungen die Frage, ob sie bereit seien, offiziell ihren Verzicht auf Annexionen zu erklären [53]. Aus Österreich erhielt die Öffentlichkeit durch das „Wiener Fremdenblatt", der Zeitung des Ministers des Äußeren, die gewünschte Antwort [54]. Diese amtliche Kundgebung sicherte außerdem den Sozialdemokraten das Recht zu, in Stockholm international über Frieden zu sprechen. Seinen Standpunkt verteidigte Czernin gegen Vorwürfe Tiszas damit, daß einmal ein „sozialistischer Friede" dem Kaiser nicht soviel kosten werde, als ein erkämpfter, und zum andern, um zu beweisen, daß nicht die „Unfähigkeit der zünftigen Diplomatie", sondern die Verhältnisse das Kriegsende verhinderten [55]. Czernin und der deutsche Reichskanzler hielten den Weg eines Sonderfriedens mit Rußland nicht für gangbar, da es an einer verhandlungsfähigen Regierung fehlte [56]. Der Grund beider Politiker für die vierteljährige Untätigkeit im Osten war der unmögliche Ausgleich deutscher und österreichisch-ungarischer Ostansprüche und die Furcht vor der Sozialdemokratie.

Seit Juni verdichteten sich die Anzeichen der russischen Kriegsmüdigkeit. Eine entscheidende politische Aktion der Verbündeten ging nicht vor sich. So war es möglich, daß sie am 7. November vor einer völlig neuen politischen Lage standen. In Rußland rissen die Bolschewisten die Macht an sich. Ihnen brachte Czernin wegen der jüdischen Führung und der „phantastischen Ideen" kein großes Vertrauen entgegen [57].Als am 28. November die Bolschewisten zu Friedensverhandlungen bereit waren, bestand auf österreichischer Seite, unterstützt durch schwere Nahrungssorgen, grundsätzliche Geneigtheit zu einem Frieden ohne Annexionen. Auf deutscher Seite bestand ein Zwiespalt der Forderungen. Die deutsche O. H. L. ging an die Lösung mit der Voraussetzung heran, „ein gutes wirtschaftliches und politisches Verhältnis mit dem neuen Rußland herzustellen, Deutschland den Rücken militärisch vollständig freizumachen" [58]. Demgegenüber

[52] Tägliche Rundschau, 15. April 1917.
[53] Tägliche Rundschau. 15. April 1917.
[54] Vorwärts. 27. April 1917.
[55] Czernin. Im Weltkriege. S. 228. Brief Czernins an Tisza.
[56] Bethmann-Hollweg „Friedensmöglichkeiten im Frühsommer 1917. Deutsche Allgemeine Zeitung. 29. 2. 20.
[57] Czernin, Im Weltkrieg. S. 298 aus einem Brief vom 17. November.
[58] Ludendorff, Erinnerungen, S. 428.

bestand die Kriegszielformulierung des deutschen Reichstages. Zwischen beiden schwebte die deutsche Regierung. Mit diesen Gegensätzen war zu rechnen, als die Delegationen am 20. Dezember in Brest-Litowsk zusammentraten. Die Vorschläge der Russen am 22. Dezember gingen dahin, ein allgemeines Friedensangebot an alle Kriegführenden auf der Grundlage eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen und Entschädigungen zu erlassen. Dazu trat die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Verbündeten gingen auf den allgemeinen Friedensvorschlag am 25. Dezember ein.

Czernin gab sich große Mühe, die verbündeten Delegationen auf eine Ebene zu bringen. Zwei Punkte des österreichischen Entwurfs zu einem Präliminarfrieden[59] machten Schwierigkeiten. Der eine betraf die Räumungsfrage, der die deutsche O. H. L. vor Abschluß des allgemeinen Friedens unter keinen Umständen zustimmen wollte. Der andere betraf den mit Dynamit geladenen Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die im österreichischen Entwurf gestellte Forderung, daß Polen, Kurland und Livland ihr zukünftiges Schicksal selbst bestimmen sollten, setzte Czernin nicht durch. Hingegen machte der Führer der deutschen Delegation v. Kühlmann ein Zugeständnis in der Räumungsfrage, daß über die Zurückziehung einzelner Truppenteile schon vor dem allgemeinen Frieden Vereinbarungen getroffen werden konnten[60].

Die Frage, die zwischen den Verbündeten entscheidend zur Lösung drängte, war die der staatsrechtlichen Zuordnung Polens gemäß der kaiserlichen Proklamation vom 5. November 1916. Die bisher geführten Verhandlungen Czernins mit Bethmann-Hollweg bezw. Michaelis und der deutschen O. H. L. hatten die Frage im Schwanken zwischen einer germano- und austro-polnischen Lösung immer offen gelassen. Die O. H. L. sah in der austro-polnischen Lösung eine Stärkung der deutschfeindlichen Elemente Österreichs und damit eine Gefährdung des Bündnisses. Sie forderte eine Grenzberichtigung zum Schutze des deutschen Ostens, der Czernin nicht ohne eigene Vorteile zustimmen wollte. So trafen in Brest-Litowsk die gegensätzlichen Interessen aufeinander, in einem Augenblick, als es den gemeinsamen Feind zum Frieden zu bringen galt.

Der Kernpunkt der Verhandlungen war die Frage, wo die Annexion anfing und das Selbstbestimmungsrecht aufhörte. Czernin wurde für die politische Festlegung des Selbstbestimmungsrechtes durch Anfragen in den am 3. Dezember einberufenen Delegationen, der Volksvertretung der gesamten Doppelmonarchie für äußere Po-

---

[59] Czernin. Im Weltkriege. S. 407. Protokoll über die Friedensverhandlungen.

[60] Czernin, S. 408.

litik, gezwungen. Die Gefahr, dem Schlagwort des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine solche Deutung zu geben, die inneren Fragen der Doppelmonarchie einen internationalen Charakter gab, veranlaßte ihn, die verschiedenen Auffassungen einander gegenüberzustellen [61]. Er stellte im Selbstbestimmungsrecht ein „mixtum compositum" fest, das in territorialer Beziehung das Selbstbestimmungsrecht des Staates über seinen territorialen Bestand, gleichzeitig aber auch ein unter internationalen Schutz gestelltes Mitbestimmungsrecht der Nationalitäten hinsichtlich innerstaatlicher Beziehungen darstellte. Die Erklärung der provisorischen Regierung Rußlands vom 10. April lehnte es ab, andere Völker zu beherrschen. Sie verkündete für Czernin das Selbstbestimmungsrecht der Staaten über die Nationen. Während Czernin das Selbstbestimmungsrecht der Entente auf nationalrechtlicher Grundlage als Deckmantel für Annexionen erschien, erklärte er sich mit der russischen Deutung einverstanden.

Von hier aus wurde die Spannung Czernins zur deutschen Delegation verständlich, als Deutschland nach den Worten des v. Kühlman beigeordneten Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber-Ost Generalmajor Hoffmann am 26. Dezember [62] Polen, Kurland und Litauen als Faustpfand für den allgemeinen Frieden behalten wollte. Die Russen weigerten sich, das Selbstbestimmungsrecht unter deutschen Bajonetten durchzuführen, während Deutschland das Wahlresultat nicht durch bolschewistischen Terrorismus fälschen lassen wollte. Czernins Idee der Kontrolle durch eine neutrale Macht wurde abgelehnt [63]. Czernin mußte andere Waffen ins Feld führen.

Da bei der deutschen O. H. L. der Kompromißvorschlag v. Kühlmanns eine lebhafte Kritik herausforderte, die den Staatssekretär zu stürzen drohte, teilte Czernin ihm zur Weiterleitung nach Berlin mit, daß, wenn Deutschland bei seiner scharfen Politik beharren würde, Österreich-Ungarn sich zu einem Separatfrieden mit Rußland veranlaßt sähe [64]. In dieser Situation wurden am 29. Dezember die Besprechungen vertagt, um die Antwort der Entente auf die Aufforderung zum allgemeinen Frieden abzuwarten.

Da diese nicht erfolgte, begann — nach dem abgewiesenen Versuch der Bolschewisten die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen — am 6. Januar die zweite Phase, die unter der eindeutigen Führung der deutschen Abgesandten stand. Diese errang General Hoffmann durch seinen „Faustschlag" am 12. Januar, mit dem er die Folgerung aus der sachlichen Feststellung zog, daß nicht Deutschland, sondern Rußland um Frieden gebeten hatte. Die Wirkung dieser Worte ging so weit, daß die Vernichtung von Friedenshoffnungen die

[61] Schultheß, Europäischer Geschichtskalender. 33 1917. II. Teil. S. 219.
[62] P. U. A. Bd. VIII. S. 220.
[63] Czernin. Im Weltkriege. S. 309, Tageb. v. 26. 12. 1917.
[64] Czernin. Im Weltkriege. S. 311, 408.

Wiener Arbeiterschaft zu Unruhen aufrief. Die bolschewistische Regierung bewies, daß ihre Organisation der Weltrevolution[65] an der Arbeit war. Da eine Hungersnot in Wien auszubrechen drohte, mußte die österreichisch-ungarische Regierung Deutschland um Unterstützung bitten. Die Führung der Verhandlungen glitt damit in deutsche Hände. Die veränderte Lage verschob die Verhandlungsziele und die Taktik Czernins. Er mußte von Deutschland die verlangte Getreideaushilfe erlangen und daher den politischen Druck auf dieses verringern, andererseits aber die Sowjet-Delegierten zur Fortsetzung der Verhandlungen veranlassen[66]. Die Besprechungen der Delegierten blieben in theoretischen Diskussionen über die Territorialfrage und das Recht der Selbstbestimmung stecken, die trotz der Kompromißbemühungen Czernins keinerlei Annäherung zuließen[67].

Um einen Ausweg zu erzwingen, weilte Czernin, nachdem er am 26. Januar in den österreichischen Delegationen mit 14 gegen 7 Stimmen das Vertrauensvotum erhalten hatte, am 5. Februar bei einer Unterbrechung der Beratungen in Berlin. Czernin schnitt die Frage an, wieweit Österreich Ungarn durch das Bündnis mit Deutschland verpflichtet war. Er weigerte sich über die Grundlage des „Wiener Dokumentes" vom 27. März, die die Integrität der beiden Staaten vereinbarte, hinauszugehen. Er weigerte sich zu kämpfen, wenn Deutschland beim Vorhandensein einer militärisch günstigen Lage bessere Bedingungen erlangen wollte. „Wir sind am toten Punkt angelangt", stellte Czernin um den Preis fest, nach dem Kriege von Deutschland frei zu sein[68]. Die Berliner Verhandlungen vom 5. Februar 1918 stellten einen Ausgleich deutscher und österreichischer Interessen in Polen als unmöglich fest. Man einigte sich, den Frieden im Osten in 3 Stufen zu erreichen, indem einem Frieden mit der selbständigen Ukraine der mit Rumänien und nach Möglichkeit der mit Großrußland folgen sollte[69].

Czernin leitete mit den Vertretern der Ukraine, die sich nach der Revolution selbständig erklärt hatte, Friedensverhandlungen ein. Im Laufe der Verhandlungen schraubte der österreichisch-ungarische Minister ihre Forderungen der Zuerkennung des ganzen Cholmer Landes und der Abtretung Ost-Galiziens dahin zurück, daß sie die Ansprüche auf das Cholmer Land einschränkten und eine Korrektur der nur allgemein festgesetzten Grenzlinie durch eine gemischte Kommission zugestanden. Auf ihre Ansprüche gegenüber der Monarchie leisteten sie Verzicht, verlangten aber Sicherstellung der autonomen Entwicklung ihrer Stammesgenossen in Galizien. Czernin machte

[65] Czernin. Im Weltkriege. S. 305.
[66] Czernin. Im Weltkriege. S. 410.
[67] Czernin. Im Weltkriege. S. 409.
[68] P. U. A. 12, I. Teil, S. 223.
[69] Ludendorff, Urkunden, S. 469; P. U. A. 12, I. Teil, S. 217 ff.

diese schwerwiegenden Konzessionen unter der Voraussetzung der termingemäßen Lieferung von Getreide. Bis Ende Juli 1918 sollte mindestens 1 Millionen t Geteride geliefert werden. Am 8. Februar wurde der „Brotfrieden" mit der Ukraine unterzeichnet. Die Verbündeten hatten dabei über das Cholmer Land verfügt, das keinem von beiden gehörte. Die Zusprechung des Ländchens mit seiner polnisch-ruthenischen Bevölkerung an die Ukraine vernichtete eine Hoffnung auf die Lösung der polnischen Frage im austro-polnischen Sinne. Die Versuche des in Wien weilenden polnischen Regentschaftsrates um die Ausrufung Kaiser Karls zum König von Polen für den 17. Februar wurden abgebrochen [70].

Der zwischen der zweiten und dritten Phase der Verhandlungen in Brest-Litowsk abgeschlossene Friede hatte auf die Beratungen mit den Russen entscheidenden Einfluß. Sie machten ihre Unterschrift unter einen Frieden davon abhängig, daß Deutschland und Österreich-Ungarn mit der ukrainischen Volksrepublik keinen selbständigen Frieden abschloß. Diesen Ansprüchen der Russen gegenüber erhielt v. Kühlmann den Befehl, sich nicht nur mit den verlangten Abtretungen zu begnügen, sondern dazu noch die Gebiete Livlands und Estlands zu verlangen [71]. Diese Tatsache veranlaßte die bolschewistischen Delegierten trotz der Kompromißversuche Czernins am 10. Februar die Feindseligkeiten einzustellen, ohne einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Am 15. Februar ordneten die Bolschewisten die Demobilmachung an. Der deutsche Vormarsch begann, während Czernin die österreichisch-ungarische Beteiligung verhinderte. Unter dem Druck der Waffen waren die Russen nach 48 Stunden zum Frieden bereit und unterzeichneten am 3. März den Vertrag von Brest-Litowsk, indem sich Deutschland und Österreich-Ungarn verpflichteten, das Schicksal der von Rußland abgetretenen Gebiete im Einvernehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen. Rußland verzichtete auf Kurland, Litauen, auf Batum und Kars. Es erkannte die Selbständigkeit Finnlands und der Ukraine an. Die Fragen über die besetzten Länder Livland und Estland wurden nicht gelöst. Ueber Polen wurde nur die völlige staatliche Loslösung von Rußland bestimmt.

Da mit der russischen Friedensbereitschaft die gesamte Ostfront zusammenbrach, konnte Rumänien nicht im Kriegszustand verharren. Mit ihm stand und fiel jedoch ein Bollwerk des Legitimitätsgedankens. Um nicht auch den rumänischen Monarchen von einem revolutionären Sturm hinwegfegen zu lassen, veranlaßte Czernin seinen Herrn, auf einem geheimen Wege dem König Ferdinand sagen zu lassen, daß er auf einen ehrenvollen Frieden rechnen könne [72]. Auf kaiserlichen Befehl hatte am 4. und 5. Februar der frühere Militärat-

[70] Glaise-Horstenau, S. 151.
[71] Czernin, Im Weltkriege, S. 412.
[72] Czernin, Im Weltkriege, S. 354.

taché bei der rumänischen Regierung Oberst Randa mit dem rumänischen Vertrauensmann eine dementsprechende Unterredung. Als bei den Besprechungen Czernins in Berlin am 5. Februar die deutsche O. H. L. auf Umwegen die geheime Entsendung erfuhr, herrschte Verbitterung [73].

Am 27. Februar 1918 traf Czernin mit König Ferdinand in Focsani zusammen, um die Friedensverhandlungen einzuleiten, die am 5. März zum Vorfrieden von Buftea führten. Deutschland und die westliche Reichshälfte der Doppelmonarchie zielten auf Kriegsentschädigung in Naturallieferungen. Man einigte sich auf eine 90jährige Pacht der Petroleumgebiete und langjährige Getreidelieferungen an die Verbündeten [74]. Gleichzeitig meldete aber auch Ungarn, dem der Rumäneneinfall schweren Schaden zugefügt hatte, Forderungen an, die auf eine bessere strategische Sicherung durch Abtretung eines Grenzstreifens [75] zielten. Der am 7. Mai auf dieser Grundlage geschlossene Friede von Bukarest ist jedoch nie ratifiziert worden.

In die Zeit der Brest-Litowsker Verhandlungen fiel der große Versuch des amerikanischen Präsidenten Wilson, die politische Friedensführung an sich zu reißen. Er verkündete am 8. Januar seine 14 Punkte. Sie bestärkten Czernins Hoffnung auf einen allgemeinen Weltfrieden umso mehr, als sie einen Teil seines politischen Glaubensbekenntnisses [76] aus der Budapester Rede enthielt: die allgemeine Abrüstung. Die Vorschläge zu einer völkerrechtlichen Neuordnung wie: die Öffentlichkeit diplomatischer Verhandlungen, die Freiheit der Meere, die Verhinderung eines künftigen Wirtschaftskrieges, der Völkerbund galten Czernin als eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt. Czernin schien nach dem Auszug Wilsons von vier Grundprinzipien aus den 14 Punkten am 11. Februar die Differenzen mit dem amerikanischen Programm nicht so groß, eine Klärung und Annäherung zu verhindern. Er machte Wilson ein Angebot, indem er einen Gedankenaustausch zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika als Ausgangspunkt einer versöhnlichen Aussprache anregte, weil „Oesterreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widerstreiten“ [77]. Czernins Angebot wurde ebenso wie das gleich ausgerichtete Kaiser Karls vom 17. Februar [78] durch

---

[73] Ludendorff, Urkunden, S. 456.

[74] Czernin, Im Weltkriege, S. 362 u. 363.

[75] P. U. A. Bd. VIII. S. 242.

[76] Czernins Rede in den österreichischen Delegationen am 24. 1. 1918, Neue freie Presse 25. 1. 1918.

[77] Czernins Rede vom 24. 1. 18.

[78] August v. Cramon: Kaiser Karl und Präsident Wilson. Berliner Monatsh. 11, 1933.

Wilsons Antwort vom 5. März abgewiesen durch die Forderung von Vorschlägen zur Beseitigung der Balkanwirren.

Parallel zu den amerikanischen Friedensbedingungen lief die Erneuerung der im November vertagten Verbindung Armand-Revertera. Dieser Schritt ging wahrscheinlich durch die Frauen des Wiener Hofes vor sich [79]. Nach den Berichten Armands [80] gab der österreichische Abgesandte in den Gesprächen vom 1. und 3. Februar 1918 hemmungslos seinem Haß gegen die Alldeutschen, die Preußen und Ludendorff Ausdruck, wie seinem Lob über Czernin, während Armand der Weisung Clémenceaus folgte: „Hinhören, aber nichts reden". Die zweite Unterredung vom 23. und 25. Februar bewegte sich auf gleicher Ebene, sodaß Clémenceau, nachdem Czernin seine Bereitschaft zur Einleitung von Friedensverhandlungen auf der Grundlage des status quo ante erklärt hatte, am 28. Februar weiteren Gedankenaustausch für zwecklos erklären ließ.

Hinter den Fronten der Verbündeten forderte die Unterhöhlung der moralischen Energie durch die staatsfeindlichen Nationen und die Sozialdemokratie Einhalt. Da die Entente zielbewußt in Oesterreich-Ungarn die zersetzenden Kräfte schürte [81], holte Czernin am 2. April unter dem Eindruck der Nachricht von der Westoffensive zum Gegenschlag aus. In seiner Rede vor dem Wiener Gemeinderat [82] wandte er sich gegen die österreichischen Defaitisten, gegen die tschechischen Verschwörer, die der eigenen Front in den Rücken fielen. Sein Aufruf an Deutsche und Magyaren, den Stützen des Bundes mit Deutschland, gegen den Hochverrat zu kämpfen, die Betonung der Wiener Treue zum Bündnis erhielt ihre Grundlage durch die Erklärung, daß Clémenceau vor Beginn der Westoffensive angefragt habe, ob und auf welcher Basis Czernin zu Verhandlungen geneigt sei. Der Preis Elsaß-Lothringens habe die Friedensmöglichkeit zerschlagen.

Der Verdacht, daß Clémenceau den deutschen Angriff fürchtete, während er zum letzten Widerstand aufrief, mußte die innere Widerstandskraft Frankreichs gefährden. Zudem entsprach die Deutung der letzten Armand-Revertera-Besprechungen durch Czernin nicht den Tatsachen. So parierte Clémenceau den Angriff mit dem Ruf: „Czernin hat gelogen". Der Beweis wurde ihm nicht schwer, als am 4. April ihm sein Außenminister Pichon die Akten der Sixtus Mission und damit den Brief Kaiser Karls vom 24. März vorlegte. Die Veröffentlichung überraschte Clémenceau und Czernin durch die bisher verborgene Tatsache, daß neben der verantwortlichen Politik des Ministers eine unverantwortliche Kaiser Karls lief. Czernin nahm

---

[79] Glaise-Horstenau, S. 165.
[80] Fester, S. 234.
[81] Glaise-Horstenau, S. 168.
[82] Neue Freie Presse, 3. April 1918.

am 14. April seinen Abschied, nachdem sein Vorschlag, der Kaiser solle Regierungsurlaub nehmen, abgewiesen war. Damit war die schwerste politische Niederlage des Weltkrieges besiegelt, die den Glauben an das Bündnis und an die eigene Kraft zerstörte Czernins Schuld auf diesem Wege lag in der Unbeständigkeit seines Charakters und damit seiner Politik, die weder bedingungslos treu zum Bündnis stand, noch sich zum offenen Verrat wagte. Er war von dem österreichisch-ungarischen Staatsgedanken durchdrungen. Die Kämpfe der Völker für ihre nationale Freiheit fanden in Czernin keinen entsprechenden Gegner. Er glaubte an die völkerverbindende Kraft des Pazifismus. Hierin lag der Grund seines Gegensatzes zum Bundesgenossen. Sein Traum, der Menschheit zu dienen, belastet ihn vor der Geschichte mit der Anklage, zum Zusammenbruch des deutschen Volkes beigetragen zu haben.

Die Wiederernennung Burians zum Minister des Äußeren am 16. April bewies, daß Kaiser Karl nicht geneigt war, seinen außenpolitischen Kurs zu ändern. Um dem Büdnis einen neuen Grund zu geben, kam durch Cramons Vermittlung am 12. Mai die Zusammenkunft beider Kaiser in Spa zustande. Burians Gedanken zielten darauf, daß alles, was sich von der „hehren Idee" eines allgemeinen Völkerbundes verwirklichen ließe, im Bündnis kein Hindernis finde, sondern einen anpassungsfähigen Kern, der sich mit jeder allgemeinstaatlichen Form zusammenschließen sollte [83]. Der Zweibund sollte, an Stelle des alten Verteidigungsbündnisses gegen Rußland, wie der Völkerbund gemeinsamen Schutz gegen künftige Kriege bilden. Burians Bereitwilligkeit zu einem Völkerbund bekam eine schwerwiegende Bedeutung, da die Entente den Völkerbund nur nach einem Siege zu verwirklichen gedachte. Burian nahm eine Haltung ein, die zwischen dem preußischen Militarismus und dem Vernichtungswillen der Entente schwankte. Die Grundlage eines Waffenbundes kam zwischen Hindenburg und Arz in Spa ohne Schwierigkeit zustande [84]. Unter den sieben Punkten der Grundlage hierfür stand die einheitliche Organisation, Bewaffnung und Ausbildung. Der Plan einer Verankerung des Bündnisses in den Parlamenten beider Mächte [85] schien Bismarcks Vorstellung vom Zweibund zu erfüllen. Die politischen Voraussetzungen wurden jedoch nicht geschaffen, so daß in Spa kein Vertrag, sondern nur ein „pactum de contrahendo" zustande kam.

Der eifrige Verfechter der austro-polnischen Lösung Burian unternahm einen Vorstoß in der Lösung der polnischen Frage am 2. u. 3. Juli in Spa. Das Ergebnis war der Vorschlag einer ö.—u. Thronkandidatur. Zugleich wurde Deutschland neben einer Grenzberichti-

[83] Burian, Drei Jahre . . . S. 243; Nordd. Allg. Ztg. 14. 5. 1918.
[84] Arz, S. 250/252.
[85] Nordd. Allgem. Zeitg. 15. Mai 1918.

gung die wirtschaftliche Vorhand in Polen zugestanden. Diese Lösung schien wirklich zu werden, als der Minister des auswärtigen Departements in Warschau Prinz Radziwill und Staatsrat Graf Ronikier am 13. August in Spa Kaiser Wilhelm II. die Krone Polens antrugen. Da der Kaiser ablehnte und den Erzherzog Karl Stephan empfahl, weilten die polnischen Vertreter am 21. August in Wien. Dort jedoch standen sie auf dem Boden einer Personalunion mit Oesterreich-Ungarn [86]. Die Friedensmöglichkeiten standen in Spa ebenfalls zur Erörterung. Man kam zu dem Ergebnis, durch Holland gemeinsame Friedensangebote an die Entente zu leiten [87]. Diese diplomatische Frage sollte dann durch die Minister des Äußeren in Angriff genommen werden, wenn das deutsche Heer eine Stellung erreicht hatte, die einen erfolgreichen Widerstand versprach. Am 14. August, 6 Tage nach dem „schwarzen Tag" bekam der deutsche Staatsekretär von Hintze die Ermächtigung, die Vermittlung mit Holland anzugehen [88]. Am folgenden Tage erschien Burian im Großen Hauptquartier. Er steigerte den österreichischen Druck zum Frieden zu kommen durch die Drohung einer Sonderfriedensnote „An alle" [89]. Auf die niederdrückenden Nachrichten von der Westfront unternahm auch der österreichische Kaiser einen Angriff bei Cramon in diesem Sinne. Vor einer Erwiderung des deutschen Kaisers übergab Graf Burian seine Note [90] am 14. September der Öffentlichkeit. Er wollte sich die Rolle des Friedensstifters nicht nehmen lassen und versprach sich gegenüber der drohenden Revolution eine Wiederherstellung des entschwundenen Vertrauens zur Krone. Während eine halbamtliche Kundgebung der deutschen Regierung ihre Bereitwilligkeit zeigte [91], stieß die Note bei der Entente auf vollkommene Ablehnung.

Das geplante Zusammenwirken über eine neutrale Macht wurde hinfällig. Die Rettung schien allein bei dem amerikanischen Präsidenten Wilson zu liegen. Dieser hatte seine Punkte am 27. September durch 5 neue ergänzt. Das Waffenstillstandsangebot der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung nahm die Punkte Wilsons vom 8. Januar 1918, vom 15. Februar und vom 27. September als Grundlage an. In dem Wilsons Bedingungen gemäßen Streben, „den reinen Interessenstandpunkt der einzelnen Staaten und Völker zurückzudrängen und im Sinne einer höheren, ausgleichenden Gerechtigkeit zu lösen" [92], fand das Bundesmanifest in der inneren österreichischen Politik die starke Unterstützung Burians.

---

[86] Glaise-Horstenau, S. 273.
[87] Cramon-Fleck, S. 211.
[88] Frankf. Ztg. 31. Juli 1919.
[89] Ludendorff, Urkunden, S. 516.
[90] Ludendorff, Urkunden, S. 517—20.
[91] Nordd. Allgem. Ztg. 15. Sept. 1918.
[92] Tägliche Rundschau. 16. Okt. 1918.

Seine Politik erlitt aber ihren Zusammenbruch durch die amerikanische Antwort auf das Waffenstillstandsangebot am 18. Oktober. Amerika erkannte die Tschechen und Jugoslawen als der Entente assoziierte Staaten an. Für den amerikanischen Präsidenten hatte die österreichisch-ungarische Monarchie zu bestehen aufgehört.

Burian reichte am 24. Oktober seinen Rücktritt ein. Er zog sich aus dem politischen Leben mit dem Bewußtsein zurück, den Niedergang der Menschheit von der Humanität durch Nationalität zur Bestialität nicht aufhalten zu können [93].

Seine Ersetzung durch den ungarischen Grafen Julius Andrassy löste in Ungarn Befriedigung aus. Er nahm zum Ausgangspunkt seiner Politik die amerikanische Antwort auf das Waffenstillstandsangebot. An dem Tage, als an die Armee der Befehl zum Rückzug erging, am 27. Oktober, erklärte er die Annahme der amerikanischen Forderung. Wenn der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren sich in seiner Note [94] bereit erklärte, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, abgesondert in Verhandlungen über den Waffenstillstand einzutreten, so bedeutete das das unbedingte Angebot zum Sonderfrieden. Er tat dies mit dem Bewußtsein, die Monarchie und vor allem Ungarn vor der nationalen und sozialen Revolution zu retten. Der Gefahr der Ausweisung aus dem deutsch-österreichischen Gebiet als lästiger Ausländer entzog er sich durch seinen Rücktritt nach 8tägiger Tätigkeit am 2. November. Nur ein Name bedeutete noch Freiherr von Flotow als Leiter des Ministeriums des Äußeren bis zum kaiserlichen Thronverzicht am 11. November.

3. Die Ministerpräsidenten.

Die innere Politik Österreich-Ungarns besaß ihren Halt in der Verfassung vom 21. Dezember 1867. Eine völlig selbständige Entwicklung beider Staaten hinderte der Gesetzartikel XII, der die auswärtige Politik, das Heer und die zu diesen Zwecken erforderliche Finanzwirtschaft als gemeinsame Angelegenheit der Länder der ungarischen Krone und der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder festsetzte.

Die Nationalitätenkämpfe in Österreich kristallisierten sich verfassungsrechtlich um die Verwirklichung des § 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger. In ihm war der Grundsatz aufgenommen, daß alle Volksstämme des Staates in der Pflege ihrer Nationalität und Sprache gleichberechtigt seien [1]. Dieser „verfassungsrechtliche Konstruktionsfehler“ [2] bildete für die

[93] Burian, S. 246.

[94] Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 34, 1918, II, S. 620.

[1] Neue Freie Presse, 28. Januar 1917.

[2] Min. Präs. Seidler im Reichsrat am 14. Juli, Neue Freie Presse, 15. Juli 1917.

innere Politik Österreichs den gleichen Sprengstoff, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Außenpolitik. In den ersten Kriegsjahren waren die innerpolitischen Kämpfe für die Öffentlichkeit durch die Vertagung des Parlaments abgebrochen. Die Ministerpräsidenten erhielten die Billigung ihrer Forderungen durch kaiserliche Verordnung, eine gewaltsame Regelung, die am 21. Oktober 1916 der Ministerpräsident Stürgkh mit dem Leben bezahlen mußte.

Bei der Thronübernahme durch Kaiser Karl war Excellenz von Koerber Ministerpräsident. Schon am 15. Dezember wurde seine Demission bekannt gegeben. Von Koerber bemühte sich um die Einberufung des Reichsrats in Verbindung mit dem 10jährig zu erneuernden ungarischen Ausgleich. Der Reichsrat sollte ihn unterstützen, Österreich gegenüber Ungarn eine günstigere Stellung zu erobern, als die mündlichen Vereinbarungen zwischen Stürgkh und dem ungarischen Ministerpräsidenten Tisza gewährten. Der Forderung der Einberufung des Reichsrates versagte Kaiser Karl seine Zustimmung auf den Widerstand der deutschen Abgeordneten hin[3].

Den Auftrag der Kabinettsbildung erhielt Dr. Alexander v. Spitzmüller. Sein Bemühen, Männer für den Stürgkhschen Ausgleich zu finden, erfüllte sich nicht, so daß am 20. Dezember Graf Clam Martiniz dem Kaiser die Zusammensetzung des neuen Ministeriums unterbreitete. Clam Martiniz galt als konservativ und gehörte dem tschechischen Großgrundbesitz an[4].

Im Mittelpunkt seiner Politik stand anfangs die Frage des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn. Der vorläufige Ausgleich vom 24. Februar sollte 20 Jahre in Kraft bleiben. Die Quote jeder der beiden Länder zu den gemeinsamen Ausgaben wurde auf 63,6 bezw. 36,4 % festgesetzt, wobei der ungarische Beitrag sich jedes Jahr um 0,1 % verringern sollte[5]. Aber diese Regelung bedeutete ohne Mitwirkung des Reichsrats eine unvollständige Lösung.

Erst die russische Revolution bewirkte bei Clam Martiniz den endgültigen Entschluß zur Wiedereinberufung des Reichsrats. Im Ministerrat am 16. April ging er daran, die Voraussetzungen zur Einberufung zu prüfen. Der unversöhnliche Gegensatz der Deutschen und Tschechen über die staatsrechtliche Einordnung Böhmens forderte eine Klärung. Der Kampf der Deutschen fand seinen Niederschlag in der Forderung der nationalen Kreiseinteilung Böhmens, der deutschen Staatssprache als Garantie einer starken Zentralgewalt und einer Geschäftsordnungsreform des Reichsrates. Für diese Neuordnung hatten sich die deutschen Minister Landsmannminister Dr. Baernreither und Handelsminister Dr.

---

[3] Vorwärts und Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 16. Dezember 1916.
[4] Vorwärts, 21. Dezember 1916.
[5] Schultheß, 33, 1917 II, S. 35; Vorwärts 28. II. 1917.

Urban den Deutschen verbürgt. Die Durchführung schien nur möglich auf dem Wege einer Verordnung. Clam Martiniz entschloß sich dementgegen am 16. April, unterstützt vom Minister des Äußeren Czernin[6], innerpolitische Verordnungen zurückzustellen. Damit zwang der Ministerpräsident die ihres Deutschtums bewußten Kreise in die Isolierung einer verfassungswidrigen Ausschaltung der Volksvertretung. Diesen Entschluß beantworteten die deutschen Minister mit ihrem Entlassungsgesuch. Sie kehrten jedoch in das Kabinett zurück, nachdem die Regierung wenigstens das Bekenntnis für die Notwendigkeit der geplanten Reformen abgelegt hatte. Für den 30. Mai wurde der Reichsrat berufen.

Clam Martiniz hegte die Erwartung, daß der geeinte Wille der Völker Österreichs aus dem Parlament ein Instrument seiner kraftvollen Betätigung machen werde[7]. Mit seinen Vorlagen über eine Lehrerdienstordnung, ein Gesetz für Fürsorgeerziehung und die auf Grund des § 14 erlassenen Verordnungen kam er am 30. Mai nicht zu Worte. Tschechen, Südslawen und Ukrainer benutzten die Tribüne des Reichsrats zur Abgabe von staatsrechtlichen Erklärungen.

Das Programm des Ministerpräsidenten hieß „Österreich“[8]. Er sah drei unverrückbare Richtungspunkte für seinen österreichischen Staatsgedanken: die notwendige Einheit des Staates, die Achtung vor dem geschichtlich Gewordenen seiner Struktur und das Bedürfnis nach freier nationaler und kultureller Entwicklung gleichberechtigter Völker. Die lösende Formel für den dritten Punkt, war die schwierigste Aufgabe. Clam Martiniz war der Überzeugung, daß bei der Beratung über eine Verfassungsreform der Staat den selbständigen Bedürfnissen der Völker soweit entgegenkommen sollte, als eine verläßliche Wahrung der ihm anvertrauten Gesamtaufgabe gestattete, daß aber die Völker auf die Verwirklichung nationaler Wünsche, soweit sie über diese Grenze hinausgingen, Verzicht leisten müßten[9].

In diese Vorstellung des österreichischen Staatsgedankens paßte nicht die polnische Forderung einer vollständigen Neuordnung des Verwaltungssystems in Galizien. Diese wurde so auf die Spitze getrieben, daß der Polenklub dem Ministerpräsidenten seine Unterstützung versagte[10]. Das nationale Bewußtsein eines Teils der österreichischen Völkerfamilie zerstörte den Staatsgedanken und damit die Stellung des Ministerpräsidenten. Er übergab am 19. Juni die

---

[6] Glaise-Horstenau, S. 100.

[7] Clam Martiniz im Herrenhaus am 15. Juni: Nordd. Allg. Zeitg. 16. Juni.

[8] Neue Freie Presse, 13. Juni 1917.

[9] Regierungserklärung im Herrenhaus am 13. Juni, Neue Freie Presse 14. Juni.

[10] Neue Freie Presse 17. Juni.

Demission des gesamten Kabinetts, erhielt aber gleichzeitig vom Kaiser den Auftrag, die Umbildung des Kabinetts durchzuführen.

Clam Martiniz wagte einen neuen staatlichen Ordnungsversuch. Er wollte das Kabinett durch die Aufnahme von 6 Landsmannministern erweitern. Dieser Plan eines „autonomistischen Zentralismus“ [11] scheiterte an dem Widerstand der Polen. Daraufhin genehmigte am 22. Juni der Kaiser das Entlassungsgesuch.

Der bisherige Leiter des Ackerbauministeriums Dr. Ernst Ritter von Seidler übernahm die Bildung eines provisorischen Kabinetts. Seinen Weg bezeichnete das Bemühen um eine Zusammenfassung der parlamentarischen Kräfte [12], ein Bemühen, das ihn veranlaßte, die Gegenzeichnung des kaiserlichen Amnestieerlasses vorzunehmen. Die Durchführung einer Verfassungsreform sollte das Prinzip der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung aller Nationalitäten auf der Grundlage nationaler Autonomie unter Wahrung der Staatseinheit zur Vollendung bringen [13]. Der verfassungspolitische Neuerungswille bestand praktisch in der Anerkennung des rein konstitutionellen Weges bei der Frage einer Verfassungsreform.

Die Bildung des definitiven Kabinetts kam am 30. August zustande. Die Parlamentarisierungsversuche waren gescheitert [14]. Die Beglaubigung seines endgültigen Kabinetts holte sich v. Seidler durch eine Regierung aus „Beamten und Fachleuten“ [15]. Eine schwere Belastung seiner politischen Tätigkeit bildete der am 14. Januar 1918 durch die Verkürzung der Mehlration und durch die Stockungen der Verhandlungen in Brest-Litowsk hervorgerufene Arbeiterstreik. Die Forderungen der Arbeiter richteten sich außenpolitisch auf einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigung, innenpolitisch auf das gleiche Wahlrecht in den Kommunalvertretungen und Landtagen und auf die Ernährungsfrage. v. Seidler kam der Arbeiterschaft durch Zugeständnisse im Gemeindewahlrecht entgegen [16].

Die Tschechen erhöhten die Schwierigkeit der Regierung. Ihre Dreikönigsdeklaration vom 6. Januar 1918 war die offene Absage an Österreich. Das Verbot der Verbreitung des Wortlautes mußte v. Seidler auf den Interpellationsantrag der Tschechen aufheben. Er versuchte der tschechischen Gefahr dadurch entgegenzutreten, daß er den Deutschböhmen die Errichtung eines Kreisgerichtes in Trautenau zusagte. Dadurch wurde die Opposition der Tschechen verschärft.

---

[11] Clam Martiniz an den Präsidenten des Reichsrats, Nordd. Allgemeine Zeitung, 23. Juni 1917.

[12] v. Seidler im Reichsrat am 25. Juni, N. Fr. Presse, 26. 6.

[13] v. Seidler im Reichsrat am 25. Sept., N. Fr. Presse, 26. 9.

[14] Schultheß, 33, 1917 II, S. 164.

[15] Nordd. Allgem. Zeitg. 2. Sept. 1917.

[16] v. Seidler am 22. Jan. Abgeordnetenhaus, Nordd. Allgem. Zeitung, 23. Januar 1918.

Die politischen Spannungen wurden zur Krisis, als der Ministerpräsident dem Reichsrat am 5. Februar die Genehmigung eines zweimonatlichen Budgetprovisoriums und des ordentlichen Budgets vorlegte. In diesem Augenblick standen auch die Polen, das Zünglein an der Waage, in der Opposition. Da der Staatsvoranschlag für 1917/18 keine Majorität erhielt, überreichte v. Seidler am 7. Februar das Rücktrittsgesuch seines Kabinetts. Kaiser Karl lehnte die Annahme des Gesuches ab.

Die bei den Polen herrschende Erregung gegen die Regierung steigerte sich, als gleichzeitig der Abschluß des Friedens mit der Ukraine bekannt wurde. Der durch die Verweigerung des Staatshaushaltes eintretende ex lex-Zustand veranlaßte den Ministerpräsidenten zu der erneuten Ankündigung einer Verfassungsreform [17]. Während er die Vorlage von Leitsätzen der Regierung vorbehielt, stellte er den Parteien die Entscheidung anheim, vor welchem Forum die Verhandlungen stattfinden sollten. Aber nicht hierdurch, sondern auf kaiserlichen Wunsch gaben bei der Abstimmung über das Budget am 7. März die Polen ihre Opposition auf.

Trotzdem besaß der Ministerpräsident nicht die Gewähr, die dringendsten Staatsnotwendigkeiten durch den Reichsrat bewilligt zu erhalten. Um sich hiervor zu schützen, vertagte er durch kaiserliche Ermächtigung am 3. Mai das Abgeordnetenhaus [18]. Seine Reformbestrebungen kamen in dem Erlaß vom 19. Mai zum Ausdruck, der Kreishauptmannschaften in Böhmen mit national abgegrenzten Sprengeln errichtete [19]. Die Übertragung von Statthaltereigeschäften an bleibend zu bestellende Kreishauptmänner in Böhmen wurde verordnet. Zwölf Kreise sah die Verfügung vor: sieben tschechische und vier Deutsche in Eger, Leitmeritz, Reichenberg und Trautenau. Dieser Versuch eines nationalen Ausgleichs erfuhr darin eine Beeinträchtigung, daß die Errichtung der Kreise Prag und Leitmeritz für den 1. Januar 1919 vorgesehen wurde, während der Zeitpunkt für die übrigen Kreise fallweise festgesetzt werden sollte.

Die Opposition der Polen ließ nicht nach. Die grundsätzliche Bereitschaft ihres Klubs, Staatsnotwendigkeiten zuzustimmen, scheiterte an ihrem Mißtrauen gegen die Person v. Seidlers. Zum zweiten Male reichte der Ministerpräsident seine Entlassung ein. Da die Verhandlungen des Kaisers mit den Parteien ohne Ergebnis blieben, lehnte er am 28. Juni die Annahme der Demission wiederum ab.

Die erste Aufgabe v. Seidlers bildeten Besprechungen, um eine Mehrheit für das Budget zu erhalten. Da das im März bewilligte Provisorium am 30. Juni ablief, drohte der ex lex-Zustand aufs Neue. Die programmatische Erklärung, das Bekenntnis zu einem

[17] Nordd. Allg. Zeitg. 29. Februar 1918.
[18] Neue Freie Presse, 4. Mai 1918.

deutschen Kurs, mit dem v. Seidler das Abgeordnetenhaus um die Bewilligung bat, war nicht geeignet, die vorhandenen nationalen Gegensätze aufzuheben. Es bedeutete einen unheilvollen Ausblick für die Deutschen, als der Kaiser nach dem Bekenntnis des Ministerpräsidenten zum Deutschtum am 22. Juli das Rücktrittsgesuch genehmigte. Die zwischen der Amnestie und dem deutschen Kurs schwankende Politik v. Seidlers hatte nicht zur Beruhigung des inneren Lebens Österreichs beigetragen.

Der Ernennung des neuen Ministerpräsidenten Dr. Maximilian Freiherr Hussarek v. Heinlein gingen Verhandlungen mit den Parteien voraus. Auf ihnen baute v. Hussarek sein Programm auf, das das unbedingte Festhalten am Parlament, die spätere Umbildung des Kabinetts durch parlamentarische Minister, ein sechsmonatiges Budgetprovisorium und eine Verfassungsreform für Böhmen vorsah[20]. Er gab den deutschen Kurs auf; das Budgetprovisorium erhielt er mit der Mehrheit von 215 gegen 195 Stimmen.

Den Versuch v. Seidlers zu einer Verfassungsreform durch die Errichtung von Kreishauptmannschaften ergänzte v. Hussarek durch die Errichtung des Kreisgerichts in Trautenau am 30. Juli und durch den Erlaß einer Verwaltungsreform in Böhmen[21]. Das Statut der Landesverwaltungskommission des Königreichs Böhmen, die den seit 1908 arbeitsunfähigen Landtag ersetzte, wurde dahin geändert, daß in dieser Kommission der Grundsatz der nationalen Parität galt. Durch diese Ausgestaltung wurde der auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung mit der Kreisverordnung eingeleitete Versuch, die nationalen Reibungsflächen im öffentlichen Leben durch Einteilung der Verwaltung zu vermindern, auf das Gebiet der autonomen Verwaltung ausgedehnt.

Der hier verwirklichte Grundsatz zur nationalen Parität stand unter dem Druck der inzwischen gebildeten Nationalräte. Um durch sie die Sprengung des Reiches zu verhindern, führten der Kaiser und v. Hussarek Verhandlungen mit den Reichsratsabgeordneten für die Durchführung des geplanten Konzentrationskabinettes[22]. Die Ergebnislosigkeit der Besprechungen zeigte die Regierung in einer gefährlichen Isolierung. Nach dem Empfang des Kaisers von 32 Abgeordneten aller Nationen und Parteien am 12. Oktober sah er sich veranlaßt, den Vorschlag seines Ministerpräsidenten anzunehmen, ohne vorherige Sicherung des Staates das Bundesstaatsmanifest am 18. Oktober zu verkünden. Die von dem Ministerpräsidenten vorgeschlagene Umbildung Österreichs verfolgte den Zweck, ein fertiges

[19] Nordd. Allgem. Zeitung, 20. Mai 1918.

[20] Hussareks Programmrede am 26. Juli im Abgeordnetenhaus, N. Fr. Presse 27. Juli.

[21] Nordd. Allgem. Zeitg. 3. Okt.

[22] 13. Okt. 1918 Nordd. Allg. Zeitg.

Programm zu schaffen, um innerösterreichische Verhältnisse nicht auf der Friedenskonferenz zur Verhandlung kommen zu lassen. Das Manifest löste jedoch eine praktische Wirkung nicht mehr aus. Der Protest der Tschechen, Südslawen und Polen, aber auch der der Deutschen gegen das Bundesstaatsmanifest veranlaßte den Ministerpräsidenten am 27. Oktober zu seinem Rücktritt.

Das freigewordene Amt übernahm Hofrat Dr. H. Lammasch. Sein Gedanke war, nicht mehr ein Kabinett, sondern nur ein „Exekutivkommitee der Vereinigten Nationalregierungen" unter seinem Vorsitz zu bilden. Dieses Programm scheiterte an der Haltung der Slawenvertreter[23]. So schlug Lammasch die Bildung eines ordentlichen Kabinetts vor. Der Wirkungskreis des Ministeriums war aber angesichts der fortschreitenden inneren Auflösung nur durch passive Duldung der Nationen und Parteien umschrieben. Den Amtsantritt Lammaschs bezeichnete der Sonderfriedensschritt des Außenministers. Der Reichsrat und das Herrenhaus standen dem Ministerpräsidenten nicht mehr zur Verfügung. Schon am 31. Oktober übergab er die Geschäfte der Regierung, soweit sie sich auf das deutsche Siedlungsgebiet bezogen, dem deutschösterreichischen Staatsrat. Mit diesem Tage hörte das Kabinett Lammasch faktisch zu bestehen auf. Ihm blieb nur noch die Aufgabe, Kaiser Karl auf die Abdankungsurkunde vorzubereiten. Die formelle Entlassung des letzten Ministerpräsidenten der Doppelmonarchie erfolgte mit dem Thronverzicht Kaiser Karls am 11. November.

4. Der österreichische Reichsrat.

Seit dem 16. März 1914 war der für Österreich zuständige, 1913 gewählte Reichsrat durch die Obstruktion der Tschechen zum Schweigen verurteilt. Der Reichsrat bildete neben dem dynastischen und nationalen Prinzip ein drittes Gewicht in der Doppelmonarchie. Das Vorspiel zur Wiedereinberufung des Reichsrats benachteiligte ein nationales Element: die Deutschen. Da sich die Regierung einer Sicherung des Deutschtums auf dem Wege der Verordnung versagte, wurde die Existenz des Deutschtums den Entscheidungen der Nationen der Polen, Tschechen, Serben, Kroaten und Slowenen überantwortet.

Als am 30. Mai der Reichsrat eröffnet wurde, setzte er sich aus 497 Abgeordneten zusammen. Der Deutsche Nationalverband zählte 97 Abgeordnete. Er bestand aus 4 Gruppen. Von diesen war die Deutsche Arbeiterpartei mit 2 Mitgliedern die kleinste. Die Deutschradikale Partei verfügte über 24 Abgeordnete. Von eigenen Interessen ließ sich die Deutsche Agrarpartei mit 29 Mitgliedern leiten. Der Rest von 42 Abgeordneten bestand aus keiner Partei, sondern nur aus einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft. Zu diesem

[23] Glaise-Horstenau, S. 365.

losen Zusammenschluß gesellte sich die Christlich-soziale Partei zu „gemeinsamer nationaler Politik“ mit 67 Abgeordneten. Die Deutsche sozialdemokratische Partei zählte 42 Anhänger.

Die Tschechen hatten sich zu einem Verband zusammengeschlossen. Seine 96 Abgeordneten vereinigten sämtliche Parteirichtungen. Es waren 36 Agrarier, 26 Sozialdemokraten, 12 Jungtschechen, 9 Nationalsozialisten, 7 unabhängige Fortschrittler und 6 Angehörige der Katholischen Volkspartei.

Die Polen verfügten im Polenklub über 80 Stimmen. Der galizisch-ukrainische Klub zählte 26 Mitglieder. Von den Südslawen waren 24 im kroatisch-slawonischen Klub, 7 im Dalmatinerklub vereinigt. Der Rest der Abgeordneten teilte sich in Rumänen, Italiener und wilde Gruppen auf [1].

Die Vorbesprechung der großen Parteien für die Tagungsfähigkeit des Reichsrates kristallisierte sich um die Revision der Geschäftsordnung [2]. Aber diese parlamentarischen Ordnungsbemühungen sahen sich am Tage der Eröffnung einer völlig anders ausgerichteten Lage gegenüber. Die staatsrechtlichen Erklärungen des tschechischen Verbandes, des südslawischen Klubs und der Ukrainer zielten alle auf Autonomie ihrer Nationen innerhalb eines demokratischen Staates. Die nationalen Kampfansagen in der ersten Sitzung des wiederberufenen Parlaments, ließen nicht die Vermutung aufkommen, daß der Reichsrat ein Repräsentant der Einheit und Geschlossenheit Österreichs sein würde. Trotzdem stellte sich die Thronrede auf diesen Boden [3].

Die neue Geschäftsordnung, die eine „Grundlage für den ruhigen Gang der Verhandlungen“ sichern sollte, sah in ihren wesentlichen Bestimmungen vor, daß der Antrag auf eine geheime Sitzung des Abgeordnetenhauses von 50 Mitgliedern gestellt wurde, daß die Entschädigung für jedes Mitglied des Hauses mit 1000 Kr. monatlich während der ganzen Wahlperiode zu bemessen war, daß die Redezeit beschränkt wurde [4].

Erst als die tschechischen Abgeordneten den Antrag im Reichsrat einbrachten, auch die nichtdeutschen Reden zu protokollieren, entzündeten sich die nationalen Leidenschaften. Nach dem tschechischen Antrag sollte nicht mehr die deutsche Sprache die übliche der Verhandlungen sein, sondern jede der 8 Landessprachen mit gleichen Rechten ausgestattet werden. Die deutsche Opposition wurde am 6. Juni mit 203 gegen 185 Stimmen niedergerungen [5]. Zum zweiten

[1] Neue Preußische Kreuzzeitung, 30. Mai 1917.

[2] Rede des Präsidenten Sylvester im Seniorenkonvent 24. Mai 1917, Neue Freie Presse, 25. Mai 1917.

[3] Neue Freie Presse, 1. Juni 1917.

[4] Nordd. Allgem. Zeitung, 9. Juni 1917.

[5] Tägliche Rundschau, 8. Juni 1917.

Male mußten die Deutschen durch das parlamentarische Prinzip eine Niederlage hinnehmen. Die slawischen Völker des Reiches besaßen im Reichsrat das Mittel, ihren Rassenkampf zu einem Streit demokratischer Forderungen umzudeuten. Den Einwand der Entschließung im Herrenhaus, daß der Antrag in seiner Konsequenz auch die übrigen parlamentarischen Einrichtungen treffe[6], machte sich der Kaiser nicht zu eigen, sondern gab der neuen Geschäftsordnung die Unterschrift.

Das entscheidende Mittel, in die Gestaltung des Reiches einzugreifen, besaß der Reichsrat in der Bewilligung oder Verweigerung des Budgets. Durch die Gegnerschaft der Polen mußte Clam Martiniz seinen Abschied nehmen. Der gleichen Gefahr entzog sich v. Seidler am 12. Oktober 1917 durch eine Vereinbarung mit den Polen über Galizien, die aus dem staatlichen Interesse Österreichs bezahlt wurde. Die Polen waren es, die am 23. Oktober trotzdem durch Beschränkung der Geltungsfrist des Budgetprovisoriums von 6 auf 4 Monate die Bewegungsfreiheit der Regierung durch das verfassungsrechtliche Zugeständnis des österreichischen Reichsrates einengten[7].

Der Reichsrat bot im Januar 1918 die Plattform für die Auseinandersetzung über die österreichische Streikbewegung. Die Ausrichtung des Kampfes zielte auf eine Erweiterung der dem Reichsrat zugestandenen Rechte. Der Sozialdemokrat Viktor Adler wollte die „Stimmung in der Bevölkerung" bei den Friedensverhandlungen beteiligt wissen. Deswegen forderte er die Mitwirkung des Parlaments bei den Friedensverhandlungen[8]. Die Institution des Reichsrates bewies durch die Absage der Tschechen an Österreich am 6. Januar 1918 nicht die theoretisch geforderte feste Verankerung des österreichischen Staatsgedankens in den breitesten Schichten. Der unter v. Seidler am 1. März 1918 eingetretene ex lex-Zustand bedeutete praktisch, die Aussetzung der parlamentarischen Zuständigkeit. In dem durch Kaiserliche Begünstigungen der Polen genehmigten Budgetprovisorium vom 7. März wurde die allgemeine Ermächtigung für Ausgaben und Einnahmen mit 240 gegen 121 Stimmen angenommen. Hierfür stimmten auch die deutschen Sozialdemokraten und die Ukrainer, dagegen die Tschechen, Südslawen und polnischen Sozialdemokraten. Der § 2, der die Ausgaben für gemeinsame Angelegenheiten enthielt, wurde ebenso, wie die Ermächtigung zu 6 Milliarden Kriegskrediten des § 3 mit 203 gegen 161 Stimmen angenommen. Hiergegen stimmten auch die deutschen Sozialdemokraten[9].

Die latente Gefahr des bestehenden Reichsrats für die Regierung veranlaßte den Ministerpräsidenten am 3. Mai die Vertagung aus-

[6] Neue Freie Presse, 12. Juni 1917.
[7] Stransky, 12. Juni.
[8] Adler im Reichsrat am 17. Jan. 1918, N. Fr. Presse, 18. Jan.
[9] Schultheß, 34, 1918, II, S. 20.

zusprechen. Sie knüpfte an die eigene Unterbrechung der Verhandlungstätigkeit vom 15. März an. Der Begründung dieses Schrittes lag der Gedanke zugrunde, daß der Gang der parlamentarischen Arbeit im Reichsrat sich nicht den staatlichen Interessen anpaßte. Damit rief die Regierung die öffentliche Verwahrung der Sozialdemokraten, den Vorkämpfern demokratischer Forderungen, und der für nationale Selbsttätigkeit kämpfenden Tschechen und Südslawen hervor[10].

Der Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses am 16. Juli war notwendig, um die Bewilligung des 6monatigen Budgetprovisoriums zu erlangen. Die Regierung wagte nicht in der Zeit gespanntester nationaler und sozialer Forderungen, sich mit einer Verordnung zu belasten. Der nationale Interessenkampf der Tschechen, Polen und Südslawen im Reichsrat versagte jedoch dem österreichischen Staat seinen Staatshaushalt, solange er an die Person v. Seidlers und an einen „deutschen Kurs" geknüpft war. Nach seinem Sturz bewilligte der Reichsrat dem neuen Ministerpräsidenten v. Hussarek das Budgetprovisorium und einen 6 Milliardenkredit mit 215 gegen 194 Stimmen. Nach diesem Abschluß trat das Abgeordnetenhaus in die Sommerferien.

Als der Reichsrat am 1. Oktober wieder zusammentrat, war die Buriannote ausgegangen, hatte Bulgarien den Waffenstillstand abgeschlossen. Im Reichsrat stiegen die Forderungen der Anwendung des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung. Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot vom 4. Oktober, das Bundesstaatsmanifest, die gebildeten Nationalräte der Deutschen, Südslawen, Polen und Tschechen bewirkten, daß das Schwergewicht politischer Verhandlungen nicht mehr im Reichsrat lag. Am 22. Oktober verließen die Tschechen und Südslawen das Haus, das am 30. Oktober nochmals zusammentrat, ohne in eine Tagesordnung einzutreten. Die letzte Sitzung des österreichischen Reichsrats am 12. November sah nur die deutschen Abgeordneten anwesend. Der Antrag des Präsidenten Dr. Groß, die Sitzung aufzuheben und keinen Tag für die nächste Sitzung zu bestimmen, da eine Selbstauflösung des Hauses nach der Verfassung nicht möglich war, wurde angenommen.

---

[10] Neue Freie Presse, 10. Mai.

II.) Die Völker Österreich-Ungarns.

1. Das deutsche Volk.

Die politische Machtstellung des Deutschtums in Österreich[1] war sozial wesentlich bürgerlich bestimmt. Die Stellung des deutschen Adels zu den deutschen Parteien beruhte auf den Nachwirkungen älterer Parteiverhältnisse, auf konfessionellen Überzeugungen, auf der Verschiedenheit in der Auffassung von Volk und Staat.

Das Deutschtum im Parlament vertraten bisher, nach Kronländern und Wahlbezirken gegliedert, folgende bürgerliche Parteirichtungen[2]:

1. die Agrarier unter verschiedenen Namen (Großgrundbesitz, Deutsch-Böhmische Agrarpartei),
2. die Sudetenländische Radikalnationale Partei, (je nachdem Alldeutsche, Freialldeutsche, Deutsch-Radikale).
3. die Nationalen der Alpenländer (Autonomisten, Deutsche Volkspartei, Jungdeutsche, Deutsch-Völkische Vereinigung),
4. die Liberalen der Sudeten- und Alpenländer (Fortschrittspartei, Freisinnige).

Dazu kamen die Deutschen Sozialdemokraten und die Deutsche Arbeitspartei.

Die Notwendigkeit des geschlossenen Einsatzes für das deutsche Volk nach dem Thronwechsel erkannten die deutschbürgerlichen Parteien. Die im Deutschen Nationalverband zusammengeschlossenen Parteien (siehe S. 38) und die christlich soziale Vereinigung gaben am 16. Februar durch einen gemeinsamen Vollzugsausschuß programmatische Richtlinien in 10 Punkten aus[3], die dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht wurden.

Für außenpolitische Aktionen sahen sie das unbedingte Festhalten am deutschen Bündnis vor. Demgemäß richteten die Verbände

[1] Prof. Dr. Robert Sieger, Graz, „Deutscher Adel in Österreich", Nordd. Allg. Zeitg. 18. Jan. 1918.

[2] Neue Freie Presse, 13. Okt. 1917.

[3] Nordd. Allg. Zeitg. 19. Februar.

ihr Streben auf einen innigeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der Doppelmonarchie mit Deutschland. In der Frage der Änderung der Verfassung ließen sich die Verbände von dem Ziel leiten, den Deutschen in Österreich jene Stellung zu sichern, die das Staatsinteresse erforderte, in Böhmen die nationale Kreiseinteilung einzuführen und die deutschen Minderheiten in anderen Kronländern unter gesetzlichen Schutz zu stellen. Die Sicherstellung des Deutschtums hing ihnen von der Einführung der deutschen Staatssprache ab. Insbesondere richteten sie ihre Aufmerksamkeit auf die Wahrung des deutschen Charakters der Reichshauptstadt.

Die Hoffnung, daß diese innerösterreichische Lage des Deutschtums in einer aktiven Gestaltung Anwendung finden würde, zerschlug die Meldung von dem Bruch der Einheit der Parteien am 12. März [4]. Dem Verlangen des Deutschen Nationalverbandes nach einer Verordnung der deutschen Parlamentssprache und der böhmischen Kreiseinteilung versagten die Christlich-sozialen ihre Zustimmung.

Von dem Ziel des deutschen Nationalverbandes hoben sich die Programmerklärungen der Deutschliberalen Verfassungspartei und der Mittelpartei des Herrenhauses ab. Zahlenmäßig war das Herrenhaus aufgeteilt in 54 Abgeordnete der Mittelpartei, in 44 der Deutschliberalen Verfassungspartei und 78 Mitglieder der konservativen Rechten [5]. Die Programmerklärung der Verfassungspartei am 12. Mai hielt an ihrem Grundsatz der Erhaltung der Staatseinheit fest. Innerhalb dieser Aufgabe sagte sie den Deutschen ihre Unterstützung zu. Die Mittelpartei strich in ihrem Programm die Unterstützung der Deutschen. Sie trat für die Pflege des österreichischen Centralgedankens ein. Eine kaiserliche Billigung der Politik des Herrenhauses bedeutete die Ernennung von 60 neuen Herrenhausmitgliedern am 21. Mai. Angesichts dieser Haltung des deutschen Adels war dem deutschen Nationalverband die Vertretung des deutschen Volkes allein aufgegeben.

Das Vertrauen des deutschen Nationalverbandes besaßen im Kabinett Clam Martiniz der Landsmannminister Dr. Baernreither und Handelsminister Urban. Da durch ihren Rücktritt der deutsche Nationalverband von der Regierung und einem Teil der Deutschen isoliert war, fand wieder eine Annäherung an die christlich soziale Vereinigung statt. Das Ergebnis der Beratung des gemeinsamen deutschnationalen und christlich-sozialen Vollzugsausschusses am 18. April [6] trug die Züge des Kompromisses. Der Hinweis auf verpaßte Gelegenheiten einer außerparlamentarischen Neuordnung bewog die deutschbürgerlichen Parteien, keine gegnerische Haltung zum Kabinett

---

[4] Vossische Zeitung.
[5] Hoetzsch, Der Krieg u. die große Politik, Bd. 3 S. 400.
[6] Schultheß, 33, 1917, II, S. 67.

einzunehmen und keine Schwierigkeiten der parlamentarischen Beratung zu machen. Da die Vertretung beider Verbände vom Kaiser in der Audienz am 19. April die Zusicherung erhielt: „Mein Vertrauen ist den Deutschen Österreichs sicher", nahmen die deutschen Minister ihr Entlassungsgesuch zurück.

Die deutschen Parteien hatten sich beim ersten Einsatz ihrer Richtlinien zersplittert gezeigt. Am 6. Juni wurden sie in der Sprachenfrage niedergestimmt. Der Grund lag darin, daß die Urheber des Antrages, die Tschechen, von der Forderung ausgingen, daß alles dem Volk und dann erst dem Staat unterzuordnen sei [7], während der Abgeordnete Pacher für das deutsche Volk die Unterordnung unter den Staat als Parole ausgab [8].

Der deutsche Nationalverband nahm das schwere Werk der deutschen Einigung wieder auf durch seine Entschließung am 22. Juni [9]. Der Einigungsversuch mißlang, da am 25. Juni der Klub der christlich-sozialen Reichsratsabgeordneten Tirols sich weigerte, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten [10].

Der aus dem „Geist der Versöhnlichkeit" hervorgerufene Amnestieerlaß des Kaisers rief den Protest der Deutschen heraus. Der deutsche Nationalverband lehnte die Verantwortung für die unabsehbaren Folgen ab. An dem persönlichen Willensakt des Kaisers wagte er keine Kritik, während er dem Ministerpräsidenten wegen seiner Gegenzeichnung des Erlasses sein Mißtrauen aussprach [11].

In die Einheit des deutschen Nationalverbandes schlug am 11. Oktober die Deutschradikale Vereinigung eine Bresche. Schon im August hatten sie der Führung des Verbandes ihr Mißtrauen über ihre Verzichtpolitik ausgesprochen [12]. Jetzt beschlossen sie aus dem deutschen Nationalverband auszutreten, da ihre radikalen Forderungen, wie der Austritt der dem deutschen Nationalverband angehörenden Abgeordneten aus den parlamentarischen Ausschüssen als Protest gegen die tschechenfreundliche Haltung der Regierung nicht gebilligt wurden [13]. Auch die Gemeinsamkeit eines taktischen Zusammengehens konnte nicht verwirklicht werden, da die völlige Sprengung des Verbandes begann. Die Mitglieder der Deutsch-völkischen Vereinigung, zumeist Alpendeutsche, beschlossen eine deutschnationale Partei zu gründen. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft, die bis-

---

[7] Abgeordneter Stransky, 12. Juni im Reichsrat, Neue Freie Presse, 13. Juni 1917.

[8] Neue Freie Presse, 31. Mai.

[9] Tägliche Rundschau, 27 Juni.

[10] Schultheß, 33, 1917 II, S. 124.

[11] Dobering im Reichsrat am 3. Juli, Neue Freie Presse 4. Juli.

[12] Vossische Zeitung 3. August 1917.

[13] Schultheß, 33, 1917, II, S. 189.

[14] Neue Freie Presse, 13. Oktober.

her stärkste Gruppe innerhalb des Verbandes, kam überein, ihre Auflösung bekannt zu geben. Aus den Trümmern des deutschen Nationalverbandes schloßen sich die sudetendeutschen Abgeordneten zu einer Deutschnationalen Vereinigung zusammen.

Die Neuorganisation des gesprengten deutschen Nationalverbandes ergab folgendes Bild: ein Leitungsausschuß der deutschnationalen Parteien faßte die Obmänner von 6 Parteien zusammen. Von diesen Parteien, die alle Interessen des deutschen Volkes vertraten, war die deutsche Agrarpartei mit 28 ausschließlich sudentenländischen Mitgliedern die stärkste. Es folgte die deutschradikale Partei mit 23, vorwiegend sudetenländischen, die deutschnationale Partei mit 20, vorwiegend alpenländischen, die deutschnationale Vereinigung mit 14, vorwiegend sudetenländischen, das deutsche Zentrum mit 5 steierischen, die deutsche Arbeitspartei mit 2 sudetenländischen Mitgliedern [15].

Das deutsche Volk in Böhmen, Mähren, Schlesien schloß sich zum sudetenländischen Verband zusammen, der bei seiner Gründung am 13. November in Wien die Forderung nach einem national abgegrenzten selbständigen Gebiet Deutschböhmen an die Spitze stellte [16]. Auch der fast ausschließlich deutsche Adel in Böhmen machte eine entscheidende Wandlung durch. Er war gespalten in eine deutsche und eine tschechische Gruppe. Es bestand die Seltenheit, daß der konservative Großgrundbesitz, trotz deutscher Abstammung, tschechische Politik trieb, um den Wenzelsländern, dieselbe staatsrechtliche Sonderstellung zu erobern, wie sie Ungarn besaß. Von dem konservativen Großgrundbesitz sagten sich wegen des Hochsverrats tschechischer Soldaten 6 hervorragende Mitglieder los, darunter der Ministerpräsident Clam Martiniz [17].

Abseits von diesen deutschen Parteien führte die Partei der deutschen Sozialdemokraten Österreichs ihren Kampf. Sie sahen ihre Gegner nicht in den Nationen, die den Bestand des Deutschtums gefährdeten, sondern in allen Vertretern eines nationalen Gedankens, die sich solidarischen Klasseninteressen und der Gleichheit des Besitzes widersetzen [18]. Diese Politik diktierte den Sozialdemokraten in Österreich ihren Protest vom 20. Februar gegen den verfassungslosen Zustand. Dieser Angriff richtete sich sowohl gegen den Ministerpräsidenten wie gegen die Deutschbürgerlichen Parteien [19]. Die russische Revolution rief die bei Kriegsbeginn zusammengebrochene Sozialistische Internationale wieder auf den Plan. Ihnen öffnete

[15] Schultheß, 33, 1917, II, S. 196.
[16] Tägliche Rundschau, 17. Novbr. 1917.
[17] Neue Preußische Kreuzzeitung, 6. Jan. 1917.
[18] Prof. Dr. Pribram „Karl Marx und seine Bedeutung für unsere Zeit" Neue Freie Presse, 5. Mai 1918.
[19] Vorwärts, 22. Febr. 1917.

sich die Bahn der Freiheit und des Friedens, auf der ihnen Czernin kein Hindernis bot.

Die Friedensfrage nahmen die Sozialdemokraten zum Ausgangspunkt ihrer Politik. Die Maifeier 1917 krönte die Entschließung, die Internationale in erweiterter Form aufzunehmen und den Friedenswillen des arbeitenden Volkes in den Dienst eines dauernden Weltfriedens zu stellen. Ihrer unbedingten Friedensforderung gaben die Christlich-sozialen ihre Zustimmung[20]. Die Einberufung des Parlaments benutzte der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, um den raschen Friedensschluß ohne Annexionen und Entschädigungen zu erkämpfen[21]. Sie nahmen die Friedensfrage zum Anlaß, mit der angeblichen Feststellung der objektiven Ursache das System der monarchischen, feudalen und bürgerlichen Welt anzugreifen[22]. Mit diesem Grundsatz waren sie die Wortführer der Streikbewegung vom 14.—18. Januar 1918 im Parlament. Ihr Haß galt vor allem der deutschen und österreichischen Heeresleitung[23]. Hierin fanden sie im Herrenhaus Unterstützung durch Hofrat Dr. Lammasch, der im Haß gegen den Militarismus am 23. Februar 1918 Österreich von der Verpflichtung lossprach, den Kampf für die Aufrechterhaltung der Verfassungszustände in Elsaß-Lothringen weiterzuführen. Indem er hiermit den Deutschen Österreichs das Bewußtsein des völkischen Zusammenhangs nahm, stand er auf gleicher Ebene mit den Sozialdemokraten.

Der einheitliche Angriff der Tschechen durch die Prager Entschließung vom 6. Jan. 1918 bewog auch die deutsch-österreichischen Parteien ihren lockeren Zusammenschluß zu festigen. Sie vereinigten sich zu dem „Verband der deutsch-österreichischen Parteien im österreichischen Abgeordnetenhaus“[24], dem alle Mitglieder des im Oktober 1917 gesprengten deutschen Nationalverbandes angehörten.

Eine Radikalisierung der Deutschen Politik ging durch die Gründung deutscher Volksräte vor sich. Ihre Bedeutung lag darin, daß sie nicht von Parteirücksichten der Reichsratsabgeordneten abhingen. Die radikalen, einseitig deutschen Forderungen trafen auf $^{9}/_{10}$ der Wahlbezirke zu. Zu gleicher Zeit, als deutsche Deputationen aus den südlichen Alpenländern beim Kaiser zum Schutz ihres Volkstums vorstellig wurden, fanden sich vom 25.—26. Mai Vertreter deutscher Volksräte für Böhmen, Wien, Niederösterreich, Mittel- und Untersteiermark, Kärnten, Krain, Tirol, das Küstenland und Galizien in Wien zusammen. Es wurde einstimmig die Entschließung angenom-

[20] Hauser (Christl. Soz.) im Reichsrat, Nordd. Allg. Zeitg. 30. Juni 1917.

[21] Kundgebung des Klubs am 29. Mai, Schultheß 33, 1917 II, S. 81.

[22] Rede des Abgeord. Seitz, 13. Juni im Reichsrat, Neue Freie Presse, 14. Juni.

[23] Rede Vict. Adlers a. 17. Jan. i. Reichsr. N. Fr. Pr. 18. I. 18.

[24] Ebendort.

men nach stärkerer Zusammenfassung des Staatsgedankens und nach Einführung der deutschen Staatssprache. Eine starke Sicherung des deutschen Volkes schien die beabsichtigte Gründung eines deutschen Volksrates für Österreich zu gewährleisten .

Die Gründung der Nationalräte, die Buriannote und das Waffenstillstandsangebot schufen eine neue politische Lage. Die Art des Kampfes für das deutsche Volk kam in der Entschließung vom 10. Oktober zum Ausdruck, deren Plattform der Antrag der deutschen Sozialdemokratie Österreichs bildete. Danach erkannt die Deutsche Gruppe des österreichischen Abgeordnetenhauses, der Verband der Deutschnationalen Parteien, die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen an und nahmen das gleiche Recht für das deutsche Volk in Anspruch. Auf dieser Grundlage erklärten sie sich bereit, mit den Vertretern des tschechischen und südslawischen Volkes über die Umwandlung Österreichs in eine Föderation nationaler Gemeinwesen zu verhandeln[26]. Von tschechischer und südslawischer Seite wurde die angeregte Verständigung abgelehnt, da die Entschließung für die künftigen Nationalstaaten die Grenze Österreichs als Rahmen festsetzte.

Das Bundesstaatsmanifest hatte auf deutsch-österreichischer Seite am 21. Oktober den Zusammentritt aller Parteien zur Folge, um die provisorische Deutsch-Österreichische Nationalversammlung ins Leben zu rufen. Das Recht der Selbstbestimmung des Deutschen Volkes rief den unabhängigen Staat Deutsch-Österreich aus, in dem Staatsgeist und Volksgeist, Staatszweck und Volkszweck, Staatswohl und Volkswohl zusammenfließen sollte[27]. Offiziell übernahm der Vollzugsausschuß der Nationalversammlung, der „Deutsch-Österreichische Staatsrat", aus der Hand des Ministerpräsidenten am 31. Oktober die Regierungsgeschäfte für den neuen Staat Deutsch-Österreich.

2. Der ungarische Nationalstaat.

Die Kraft für seine nationale Entwicklung zog Ungarn aus der mystischen Vorstellung von einem 1000jährigen Reich und dem Glanz der Stephanskrone, wie auch aus dem realen Begriff des einheitlichen Nationalstaats. Der Ministerpräsident Tisza stand auf dem Boden des Dualismus. Er sah das ungarische Existenzinteresse in der Aktionsfähigkeit des österreichischen Staates[1]. Mit dieser politischen

---

[25] Schultheß, 34, 1918, II, S. 35.

[26] Neue Freie Presse, 10. Oktober 1918.

[27] Erklärung des Vorsitzenden Dr. Walder am 21. Oktober, Neue Freie Presse, 22. Oktober 18.

[1] Tiszas Neujahrsansprache vom 1. Jan. 1917, Neue Freie Presse, 3. Januar.

Grundhaltung empfing er seine Neuernennung zum Ministerpräsidenten.

Tisza war in der Ausübung seiner Tätigkeit an die Mitwirkung des ungarischen Parlaments gebunden. Dessen entscheidende Beratungen kreisten um eine Wahlrechtsreform. Das bestehende Privilegienrecht sicherte den 8 Millionen Magyaren bei 20 Millionen der Gesamtbevölkerung eine überwiegende Mehrheit [2]. In diese Ordnung wollte ein Antrag der Opposition Bresche schlagen, der die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle im Heer dienende über 20 Jahre alten Soldaten forderte. Der Antrag wurde mit 122 gegen 75 Stimmen abgelehnt [3]. Die Beratungen forderten den Ministerpräsidenten zur Verteidigung der Grundsätze seiner Politik heraus. Ihm schien der ungarische Nationalstaat in Gefahr, wenn eine demokratische Wahlrechtspolitik die Zahl der Wähler um 50 bis 60 % erhöhte, wenn neue Volksschichten in der Verfassung Aufnahme fanden und eine Erhöhung der Wählerzahl in dem Maß vor sich ging, als sich der allgemeine Bildungszustand senkte [4].

Der Bericht des Ministerpräsidenten über die Inanspruchnahme von außerordentlichen Vollmachten während des Krieges am 9. Februar in Verbindung mit der Haltung bei der Wahlrechtsreform gab der Opposition Gelegenheit, an seiner Politik Kritik zu üben. Die Vorwürfe des Grafen Julius Andrassy als Sprecher der Verfassungspartei lehnten sich gegen Tiszas Bestreben auf, Ungarn in das Joch der Nationalen Arbeitspartei zu beugen. Der Wunsch der Opposition, neben einem starken Ungarn ein starkes Österreich zu stellen, war in seiner Konsequenz darauf gerichtet, die starre nationale Führung des Ministerpräsidenten zu lockern. Andrassy, verstärkt durch den Grafen Apponyi, den Führer der Unabhängigkeitspartei, und den Grafen Karolyi kündigten dem Ministerpräsidenten den schärfsten Kampf an. In der Existenzprobe war Tisza davon durchdrungen, daß seine Partei im Dienste einer nationalen Mission Ungarns stand [5]. Er hatte die Mehrheit des Parlaments hinter sich. Denn die außerordentlichen Vollmachten während des Krieges fanden mit 93 gegen 63 Stimmen die Billigung des Hauses.

In dieser Lage benutzten die drei Oppositionsparteien den Ausbruch der russischen Revolution, um das einer Diktatur gleichende Regiment Tiszas zu unterhöhlen. Ihr Antrag am 30. März 1917 begrüßte den Zusammenbruch des russischen Absolutismus. Es entsprach dem politischen Charakter Tiszas, bei drohender Gefahr für

---

[2] Kölnische Volkszeiztung, 29. August 1917.

[3] Neue Freie Presse, 9. Februar 1917.

[4] Tisza im Abgeordnetenhaus am 8. Februar, Schultheß 33, 1917, II, S. 26.

[5] Tiszas Rede im Abgeordnetenhaus am 28. Febr. Schultheß, 33, 1917, II, S. 40.

die ungarische Nation Gewalt anzuwenden. So erwirkte er ein königliches Reskript, durch das er am 12. April das Abgeordnetenhaus vertagte. Die Karolyi-Partei und die klerikale Volkspartei suchten durch erbitterte Tumultszenen die Vertagung zu verhindern, um den Wiederhall demokratischer Kundgebungen in Rußland und Preußen (Osterbotschaft) für die Forderung einer ungarischen Wahlreform auszunützen[6]. Tisza beharrte auf dem Wege der „nationalen Realpolitik“[7], der von der Forderung der Opposition nach einem „Konzentrationskabinett“ abwich.

Das Netz, in dem sich Tisza fangen mußte, spann die Opposition mit Hilfe des Königs. Graf Albert Apponyi, Julius Andrassy, Aladar Zichy und Michael Karolyi brachten am 15. April im „Pester Lloyd“ zur Verlautbarung, daß nach ihrer Audienz beim König die Bildung eines Konzentrationskabinettes sich nicht im Gegensatz zu der Auffassung Sr. Majestät befand. Die Einkreisung Tiszas war gelungen.

Den Versuch, Tisza auf den Weg eines Kompromisses zu drängen, zeigte das kgl. Handschreiben an den Ministerpräsidenten vom 28. April[8]. Der König sah keinen Anlaß, sich von der Regierung, die die Majorität des Abgeordnetenhauses besaß, zu trennen. Er stellte die Aufgabe, im Verhältnis zu den Opfern der Bevölkerung geeignete Vorschläge für die Erweiterung des Wahlrechts vorzulegen. Indem Tisza in seiner Vorlage das Wahlrecht an die Voraussetzung der Verteidigung des Vaterlandes band, war die Anknüpfung an das Wahlrechtsgesetz von 1913 gegeben, das denen Stimmrecht verlieh, die während ihrer Militärdienstzeit Unteroffiziersrang erhalten hatten. Tisza sah das Stimmrecht für alle Staatsbürger vor, die sich im Kriege die Tapferkeitsmedaille erworben hatten. Außerdem änderte er die Bestimmung des Wahlrechtsgesetzes dahin ab, daß sie den des Lesens und Schreibens kundigen Staatsbürgern, sowie denen, die einen Steuerzensus von 20 Kr. zahlten oder im Besitz von 8 Joch Ackerland waren, das Stimmrecht sicherte[9].

Diese „Einengung“ des Wahlrechts forderte die Opposition heraus. Tiszas Bemühungen um ein Koalitionskabinett waren ohne Erfolg. Graf Moritz Esterhazy und Graf Stephan Bethlen, Abgeordnete der Verfassungspartei, erklärten, aus sachlichen Gründen dem Kabinett nicht beitreten zu können. Da am 23. Mai der König seine Zustimmung zur Wahlrechtsvorlage verweigerte, mußte Tisza seine Demission einreichen. Den Jubel der Opposition über den „Sieg der modernen demokratischen Ideen“ beantwortete Tisza mit dem Auf-

---

[6] Neue Preußische Kreuzzeitung, 2. Mai 1917.

[7] Tisza in einer Konferenz der Nationalen Arbeitspartei am 13. April 1917.

[8] Nordd. Allg. Zeitung, 30. April 1917.

[9] Neue Freie Presse, 30. April 1917.

ruf an seine Nationale Arbeitspartei, in die Opposition zu gehen, um den Kampf gegen den Wahlrechtsradikalismus zu führen [10].

Die Ernennung des Grafen Esterhazy zum Ministerpräsidenten galt als Garantie einer vermittelnden Haltung zwischen den Parteien. Er stand auf der gemäßigten Seite der Verfassungspartei. In dem „Kabinett der Wahlreform" saßen zwei überzeugte Anhänger des allgemeinen Wahlrechts, der Justizminister Dr. Wilhelm Vaszonyi, ein ungetaufter Jude [11] und der Minister am Hoflager des Königs, Graf Theodor Batthyany. Die Arbeit des neuen Ministeriums mußte die Tatsache erschweren, daß die beinahe zwei Drittel des Abgeordnetenhauses umfassende nationale Arbeitspartei an der Regierung nicht beteiligt war.

Die Grundlage der Existenz der Regierung war die Wahlreform. Graf Esterhazy versuchte die „formelle Majorität" Tiszas mit der Erklärung auf den Weg einer verfassungswidrigen Politik zu drängen, daß sich der Wunsch der vom Wahlrecht ausgeschlossenen Massen mit dem auf verfassungsmäßigem Wege kundgegebenen Wunsch des Königs begegnete. Einer möglichen unversöhnlichen Haltung von dieser Seite stellte er die Drohung der Einberufung von Neuwahlen entgegen.

Eine demokratische Neuerung in der Zusammensetzung des Kabinetts bedeutete die Annahme des Gesetzentwurfs vom 13. Juli [12], wonach die Zahl der verantwortlichen Minister für die Kriegszeit um 4 Minister ohne Portefeuille vermehrt wurde. Die überzeugten Anhänger des allgemeinen und geheimen Wahlrechts Dr. Vaszonyi und Graf Batthyany traten von ihrem Posten zurück, um sich völlig den Wahlrechtsfragen zu widmen. Überraschend kam der Rücktritt des Ministerpräsidenten Esterhazy aus Gesundheitsrücksichten zur gleichen Zeit (20. August).

Zum Nachfolger bestimmte der König Dr. Alexander Wekerle, der bereits dreimal das Amt inne hatte. Die Ernennung brachte ihm seine Versicherung ein, das Programm Esterhazys unverändert zu übernehmen. Wiederum bildete die Wahlreform die Existenzbasis der Regierung, die sich den „herrschenden Ideen des fortgeschrittenen Zeitalters" [13] verpflichtet zu sein glaubte.

In den Beratungen des Abgeordnetenhauses spielten die tschechischen Ansprüche auf die Annexion der slowakischen oberungarischen Komitate eine wichtige Rolle. Da die österreichischen Strafgesetze kein Mittel boten zur Ahndung von Angriffen gegen die Integri-

---

[10] Schultheß, 33, 1917 II, S. 79.

[11] Windischgraetz: Vom Roten zum Schwarzen Prinzen, S. 149.

[12] Nordd. Allg. Zeitg., 17. Juli 1917.

[13] Wekerles Programmrede 12. April i. Abgeordh. Schultheß, 33, 1917 II S. 172.

tät der ungarischen Krone, sah sich Wekerle gezwungen, bei kommenden Verhandlungen „das Prinzip der Reziprokität" aufzuwerfen [13]. Den größten Teil der Verhandlungen mit Österreich nahm die Lebensmittelfrage ein. Die ungarische Regierung als Lieferant für Getreide nutzte diese Tatsache aus. Sie setzte einmal die österreichische Regierung unter Druck, um die Regelung der tschechischen und polnischen Frage im Sinne eines Trialismus zu verhindern. Zum andern diente dieser Druck der gewünschten Verbindung zwischen Dalmatien und Kroatien und einer Änderung der staatsrechtlichen Stellung Bosniens, das selbständig Ungarn angegliedert werden sollte [14]. Hiermit schob sich Ungarn in die Reihe der Staaten, die an dem Bestand der Doppelmonarchie bohrten. Diese Politik kam zum Ausdruck, als der im Februar 1917 von Clam Martiniz und Tisza unterzeichnete Ausgleichsentwurf von der Opposition wegen seiner 20jährigen Dauer so bekämpft wurde, daß man mit einer bis 1919 befristeten Verlängerung des Ausgleichs vom Jahre 1907 vorlieb nehmen mußte [15].

Die ungarische Wahlrechtsfrage brachte gegen Ende des Jahres die Wahlreformvorlage Vaszonyis in Fluß. Die Demokratisierung des Wahlrechts sah folgende Bestimmungen vor: Wähler sollte der ungarische Staatsbürger sein, der das 24. Lebensjahr vollendet hatte und lesen und schreiben konnte; sodann jeder Besitzer einer Tapferkeitsmedaille oder Inhaber des Karls-Truppen-Kreuzes ohne Rücksicht auf sein Alter, jeder der einen Steuerzensus von 10 Kr. zahlte, der seiner ordnungsgemäßen aktiven Militärdienstpflicht genüge geleistet hatte. Allen Frauen versprachen sie das Wahlrecht, die das 24. Lebensjahr vollendet hatten und 4 Bürgerschulklassen absolviert hatten, ferner jenen Frauen, deren Gatte während des Krieges gefallen war, falls aus der Ehe ein Kind lebte, weiter allen Frauen, die seit 2 Jahren Mitglieder eines wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Vereins waren.

Für diese Vorlage gelang es dem Ministerpräsidenten nicht die Parteien zu einer Mehrheit zusammenzuschließen. Er versuchte für die in der Minderheit befindlichen Regierungsparteien dadurch eine gemeinsame Plattform zu schaffen, daß er die Wahlreformen mit der Verselbständigung der ungarischen Armee verknüpfte [16]. Am 2. Januar meldete die Presse die Forderungen der ungarischen Regierungsparteien auf die Organisation einer nationalen Armee [17]. Sie sollten die kühnsten magyarischen Unabhängigkeitsgedanken auf militärischem Gebiet verwirklichen: das selbständige ungarische Heer

[14] Germania, 29. September 1918.
[15] Glaise-Horstenau, S. 141.
[16] Neue Freie Presse, 25. Januar 1918.
[17] Neue Freie Presse, 2. Januar 1918.

mit ungarischer Kommandosprache[18]. Auf den Widerstand des Generalstabs und des A. O. K., das gleiche Ansprüche von den andern Nationen fürchtete[19], reichte der ungarische Ministerpräsident seine Entlassung am 25. Januar ein. Dieses Gesuch nahm der Kaiser an, betraute Wekerle aber gleichzeitig mit der Neubildung des Kabinetts. Die Neuernennung veranlaßte die Tatsache, daß der König die Bestrebungen nach einer selbständigen ungarischen Armee billigte, die Durchführung aber der Friedenszeit vorbehielt[20].

Wekerles Aufruf in seiner Regierungserklärung[20] an alle Parteien, die staatsrechtlichen Gegensätze fallen zu lassen, zeigte am 1. Februar ein Ergebnis. Die unter Führung Andrassys stehende Verfassungspartei und Apponyis Vereinigte Unabhängigkeits- und 48er Partei beschlossen ihre Auflösung und ihren korporativen Beitritt in die zu bildende Regierungspartei. Am 3. Februar sprach sich auch die Demokratenpartei und die Volkspartei für den Anschluß aus. Die Führung der 130 Mitglieder zählende Partei, die den Namen „48er Verfassungspartei" annahm, übernahm der Ministerpräsident. Außerhalb dieses Blocks stand die mit 280 Mitgliedern die Majorität des Hauses bildende Nationale Arbeitspartei als Gegner der Wahlreform, und auf der andern Seite die Karolyi-Partei, die sich wegen der nicht genügend radikalen Wahlreform, des Anschlusses an Deutschland in der äußeren Politik fernhielt.

Trotz der Gründung der Regierungspartei überreichte Wekerle am 19. April sein Rücktrittsgesuch[21]. Da die Regierung nicht die Möglichkeit hatte, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, und zu Neuwahlen zu schreiten, ohne diese Maßnahme aber der Gesetzesentwurf über die Wahlreform im Abgeordnetenhaus nicht durchzuführen war, sah sich das Kabinett zum Rücktritt genötigt.

Dr. Wekerle wurde am 5. Mai nochmals mit der Aufgabe betraut, die Wahlreform im Sinne des königlichen Handschreibens vom 28. April nötigenfalls auf Grund von Neuwahlen durchzuführen[22]. Wekerle gelang es, mit Tisza eine Verständigung zu erzielen. Das Wahlrecht sollte an den Besuch von 4 Volksschulklassen und die Kenntnis der ungarischen Sprache geknüpft sein. Die Karls-Truppenkreuz-Inhaber sollten einen ergänzenden Rechtstitel aufweisen[23]. Diese Verständigung mußte Wekerle mit der Spaltung der Regierungspartei bezahlen. Es gelang ihm, die Billigung seiner Partei mit der knappen Mehrheit von 46 gegen 43 Stimmen zu erhalten, aber an der Abstimmung beteiligte sich nicht mehr die aus 40 Mitgliedern

[18] Tägliche Rundschau, 12. Januar 1918.
[19] Arz, Zur Gesch. d. groß. Krieges, S. 86.
[20] Wekerle im Abgeordnetenhaus, 31. Jan. Schultheß, 34, 1918 II, S. 13.
[21] Vossische Zeitung, 20. April 1918.
[22] Königliches Handschreiben v. 5. Mai, Neue Freie Presse 6. Mai 1918.
[23] Neue Freie Presse, 8. Mai 1918.

bestehende Andrassy-Gruppe [23]. Sie schloß sich an die radikale demokratische Opposition an.

Die Wahlreformvorlage gelangte nicht zu dem von der demokratischen Opposition gewünschten Abschluß. Die eigentliche Ausdehnung des Wahlrechts bestand in der am 7. Juni verabschiedeten Vorlage nur darin, daß die Altersgrenze der Wähler von 30 auf 24 Jahre herabgesetzt und das Stimmrecht auch industriellen Arbeitern erteilt wurde [24]. Diese Vorlage wurde unter dem Protest Vaszonyis am 24. Juni angenommen. Die Buriannote und das Waffenstillstandsangebot veranlaßten Graf Karolyi, die Unabhängigkeitserklärung Ungarns zu fordern. Mit der Zustimmung zur pazifistischen Losung Wilsons und Czernins verband er den politischen Angriff auf das militärische Deutschland. Das Gebot der Stunde sah er in dem Abbruch der Bündnisbeziehungen und in der Abschaffung sämtlicher gemeinsamer Institutionen Ungarns mit Österreich [25].

Die Verwirklichung dieser Forderung führte die Regierungserklärung vom 16. Oktober durch. Da Österreich seine inneren Angelegenheiten auf föderativer Grundlage zu regeln gedachte, sah sich die ungarische Regierung gezwungen, sich auf die Grundlage der reinen Personalunion zu stellen und damit seine politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten sowie die nationale Verteidigung selbständig zu organisieren [26].

Die Möglichkeit einer nationalen Stärkung Ungarns vernichtete Karolyi durch seinen Kampf gegen die Person Wekerles für die rasche Demokratisierung Ungarns. Den eigentlichen Zusammenbruch des ungarischen nationalen Staates bedeutete das Geständnis Tiszas, daß der Krieg verloren sei [27]. Die Folge war die Annahme seines Vorschlages in der Nationalen Arbeitspartei, sich als politische Partei aufzulösen und korporativ der Regierungspartei beizutreten.

Der Anstoß, der die Stellung des Ministerpräsidenten unhaltbar machte, war der Ausbruch der Revolution in Fiume am 23. Oktober. Er schlug die Bildung einer Regierung vor, die unter Teilnahme sämtlicher Parteien, auch der außerhalb des Abgeordnetenhauses stehenden ungarischen Sozialdemokraten, die Geschäfte übernehmen sollte [28]. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der König die Vorschläge des Kabinetts Wekerle auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns in auswärtigen Angelegenheiten und denen des Heeres

---

[24] Schultheß, 34, 1918 II S. 35.

[25] Karolyi i. Abgeordnetenhaus am 15. Oktober, Neue Freie Presse, 16. Oktober.

[26] Neue Freie Presse, 17. Oktober.

[27] Verhandlungen i. Abgeordh. v. 16.—18. Okt. Schultheß 34 1918 II, S. 68.

[28] Werkele i. Abgeordh. am 23. Okt. Schultheß, S. 81.

genehmigte [29]. Diese Lage nutzte Karolyi durch die Bildung des „Ungarischen Nationalrates“ aus Vertretern seiner Partei und der Sozialdemokraten aus. Dieser Volksrat beschloß die staatlichen Angelegenheiten Ungarns zu übernehmen.

König Karl bestellte am 28. Oktober den Erzherzog Joseph zum Homo regius in Ungarn. Eine Demonstration wollte dem Erzherzog ihren Wunsch nach einer „Volksregierung“ mit Graf Karolyi als Ministerpräsidenten unterbreiten. Als die Menge durch Militär zerstreut wurde, und Graf Hadik zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, brach am 30. Oktober die Revolution aus. Der Kaiser ernannte Graf Karolyi zum Ministerpräsidenten. Die tatsächliche Gewalt ging auf den ungarischen Nationalrat über. Der glühendste Patriot Ungarns, Graf Tisza, wurde am 1. November erschossen.

3. Die tschechische Staatsidee.

Den Kampf für die tschechische Staatsidee hatten die Tschechen in der Bewegung des Neoslawismus organisiert. Ihr Führer in der Doppelmonarchie, Dr. Kramarsch, war verhaftet und zum Tode verurteilt. Die Begründung durch das Kriegsgericht [1] sah eine im feindlichen, wie im neutralen Ausland weit verzweigte Propaganda, die auf die Bildung eines von Österreich-Ungarn unabhängigen tschechischen Staates hinarbeitete, als erwiesen. Das Urteil bestätigte der Kaiser am 23. November [2]. Als am 4. Januar 1917 die Begnadigung zu 15 Jahren verschärften Kerkers veröffentlicht wurde, begann die Epoche eines langsamen Rückzugs vor dem Ansturm der Tschechen.

Die Loyalitätserklärung der Tschechen gegen das Haus Habsburg vom 31. Januar 1907 [3] trug nicht dazu bei, in ihrem nationalen Kampf nachzulassen. Der parlamentarische Ausschuß des Tschechischen Verbandes faßte an dem wundesten Punkt der Auseinandersetzungen zu, als er am 15. Februar die Zusammensetzung des Kabinetts Clam Martiniz bemängelte [4]. Die Begründung lag darin, daß den deutschen Ministern keine tschechischen Persönlichkeiten das Gegengewicht hielten. Diese Vermutung der Tschechen war falsch. Denn gerade gegen den Willen der Deutschen gab die Regierung die Wiedereinberufung des Reichsrates zu.

Die Deutung der Loyalität gegen das habsburgische Zepter in der ersten Reichsratssitzung überraschte. Die Erklärung des Verbandes durch den Abgeordneten Stanek richtete sich gegen das Staatsgrundgesetz. Er gab als Kampfziel der Tschechen die Verbindung aller Stämme des Tschecho-slowakischen Volkes zu einem demokratischen Staat an. Der erste große Einsatz gelang den Tschechen bei

---

[29] Neue Freie Presse, 26. Oktober.
[1] Vorwärts, 6. Januar 1917.
[2] Hoetzsch, Bd. 3, S. 120.

ihrem Mehrheitserfolg auf Niederstimmung der deutschen Parlamentssprache. Den Widerstand des Kaisers fürchteten sie nicht. Sie waren überzeugt, daß er sich fürstlich selbstlos in den Dienst des Willens des Selbstbestimmungsrechts stellen würde [5].

Der versöhnliche Geist des Kaisers im Amnestieerlaß bewirkte die verstärkte Radikalisierung der Tschechen. Der bisherige Jungtschechenklub, die Nationalsozialen und die Gruppe Stransky vereinigten sich zu dem gemeinsamen „Tschechisch-Staatsrechtlichen Klub“ [6].

Den entscheidenden Vorstoß zur Verwirklichung der tschechischen Staatsidee wagte der Generallandtag der tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten von Böhmen, Mähren und Schlesien am 6. Januar 1918 in Prag. Die gemeinsame Entschließung [7] schloß politisch an das Memorandum der tschechischen Reichsratsabgeordneten vom 8. Dezember 1870 an, das feierlich das Selbstbestimmungsrecht aller Völker proklamierte. Sie stellte fest, daß diese Forderung nicht verwirklicht war. Sie erhob Anklage gegen die staatsrechtliche Vergewaltigung des tschechischen Volkes durch „künstliche Wahlordnungen“. Da die „Dreikönigserklärung“ die dualistische Monarchie als Mittel zur Unterdrückung in den Händen der Deutschen und Magyaren betrachtete, sprach sie die tschechische Nation und die slowakischen Brüder jeder Verpflichtung gegen die dualistische Monarchie ledig. Von diesen Grundsätzen geleitet, protestierten sie gegen die Zurückweisung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Im Gegensatz zu der staatsrechtlichen Kundgebung vom 30. Mai 1917 bedeutete die „Dreikönigsdeklaration“ die offene Absage an den Staat.

Die Prager Entschließung hatte in der Parteigruppierung der Tschechen Böhmens eine Konzentration zur Folge. Die Fortschrittliche Volkspartei schloß sich zu einem Block mit der „tschechisch-staatsrechtlichen Demokratie“ zusammen. Zum Obmann dieser Partei wurde Kramarsch gewählt [8]. Für sie bedeutete die Rede Czernins am 2. April die schärfste Herausforderung. Die Kritik des Ministers an innerpolitischen Verhältnissen rechnete mit den Tschechen ab. Seine Anklage steigerte er zum persönlichen Angriff auf Masaryk und dessen Anhänger: „Der elende, erbärmliche Masaryk ist nicht einzig in seiner Art! Es gibt auch Masaryks innerhalb der Grenzpfähle der Monarchie“. Die Zuspitzung des Kampfes durch den Protest des Präsidiums des Tschechischen Verbandes gegen Form und

[3] Neue Freie Presse, 1. Februar 1917.
[4] Neue Freie Presse, 16. Februar 1917.
[5] Abgeordnetenhaus 12. Juni, N. Fr. Presse, 13. Juni.
[6] Nordd. Allgem. Zeitg. 28. Sept. 1917.
[7] Schultheß, 34, 1918, II, S. 1.
[8] Schultheß, 34, 1918, II, S. 15.

Inhalt der Erklärung Czernins erfuhr seinen Abbruch mit dem Rücktritt Czernins. Der Rütlischwur der Tschechen und Südslawen am 13. April zog am 1. Mai aus der Slowakei ein Echo durch die Forderung einer sozialistisch beschickten Volksversammlung für das Recht der slowakischen Selbstbestimmung nach sich, während des Krieges die einzig revolutionäre Tat der Slowaken[9].

Die Reaktion der österreichischen Regierung auf die Anerkennung des tschechisch-slowakischen Nationalrates am 29. Juni in Paris durch die französische, am 1. Juli durch die englische und am 2. Juli durch die amerikanische Regierung, schätzte die Kraft des Nationalrates falsch ein. Sie erklärte ihn als ein Komitee von Privatpersonen[10]. Die wirkliche politische Lage sah anders aus, da die Anerkennung des Nationalrates durch die Entente am 13. Juli in Prag die Gründung des tschecho-slowakischen Nationalausschusses zur Folge hatte, der die Tätigkeit, sowie alle Beschlüsse des Nationalrates in Paris gut hieß. Die politische Lage gab dem tschechischen Abgeordneten Dr. Stransky das Bekenntnis in den Mund, daß die Treue gegen das tschechische Volk im Verrat gegen Österreich bestehe, weil Österreich ein Staatswesen ohne Patriotismus, entstanden durch die Addition von 8 Irredenten, sei. Dem entsprach sein Antrag, den Ministerpräsidenten wegen des Erlasses der Kreisverordnung für Böhmen in den Anklagezustand zu setzen.

Den nächsten entscheidenden Vorstoß bezeichnete die Bildung der provisorischen tschecho-slowakischen Nationalregierung in Paris am 26. September[11]. Als Ergänzung dieses Schrittes betonte der tschechische Nationalausschuß in Prag den internationalen Charakter der tschechischen Staatsidee. Er machte sich zum Anwalt der unter ungarischem Druck lebenden slowakischen Brüder[12]. Diese Tatsache erklärte die Haltung der Tschechen dem Bundesstaatsmanifest gegenüber. Indem sie den Weg der Neuordnung ablehnten, weil er vor der Integrität der ungarischen Krone halt machte und somit auf das Los der Slowaken keinen Bezug nahm, legten sie ihr Schicksal in die Hände der künftigen Friedenskonferenz[13].

Als der Sonderfriedensschritt am 27. Oktober kundgegeben wurde, vollzog sich mit seiner Begründung das gesetzmäßige Ausscheiden der Tschechen und Slowaken aus der Doppelmonarchie. Am 28. Oktober wurde die Gründung des tschecho-slowakischen Staates ausgerufen. Der Nationalausschuß übernahm ohne Widerstand die Regierung. Zum Zeichen des Sieges der tschechischen Staatsidee wurde auf der Prager Burg die Tschechische Fahne gehißt.

---

[9] Glaise-Horstenau, S. 239.
[10] Neue Freie Presse, 17. August 1918.
[11] Nordd. Allg. Zeitung, 27. Sept.
[12] Schultheß, 34, 1918, II, S. 74.
[13] Dr. Fort i. Herrnhaus 21. Okt. Neue Fr. Pr. 22. Okt.

4. Die großpolnische Nation.

Die Verheißung des kaiserlichen Manifestes vom 5. November 1916 erfuhr für die österreichischen Polen in Galizien am folgenden Tage einen Ansatz zur Verwirklichung. Der Ministerpräsident v. Koerber erließ eine Kundgebung zur Sonderstellung Galiziens, d. h. einer über den Rahmen der in Österreich geltenden Länderautonomie hinausgehenden Selbständigkeit[1]. Die erweiterte Autonomie wurde dadurch erschwert, daß die Ruthenen, die fast die Hälfte der Bevölkerung des Kronlandes bildeten, die verwaltungsrechtliche Teilung forderten.

Das polnische Streben in Österreich nach Vereinigung mit den unter russischem und deutschem Druck lebenden Brüdern wurde durch die russische Revolution aktiviert. Mit ihr hatten die Polen durch einen Sieg der Mittelmächte mehr zu verlieren, als ihrer Forderung nach freier Selbstbestimmung der an Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland aufgeteilten Gebiete Polens entsprach. Bei den Vorbereitungen zur Wiedereinberufung des Parlaments sahen sie sich veranlaßt, ihr großpolnisches Interesse in der Sonderstellung Galiziens zu verteidigen. Die Sonderstellung auf dem Wege der Verordnung galt dem Minister für Galizien Dr. Bobrzynski als Preis für den Zusammentritt des Reichsrates. Die Ablehnung einer Verordnung durch den Ministerrat am 16. April veranlaßte ihn, entsprechend den deutschen Ministern, sein Rücktrittsgesuch einzureichen.

Diese Lage forderte den reichsrätlichen Polenklub zur Stellungnahme heraus. Da auch der Deutsche Nationalverband die Sonderstellung befürwortete, um durch den Abzug der galizischen Abgeordneten die Mehrheit im Reichsrat zu erhalten, änderte der Klub seine Taktik aus der Erwägung, daß er durch eine staatsrechtliche Absonderung Galiziens von Österreich im Augenblick mehr verlor, als er im nationalpolitischen Sinn gewinnen konnte. Er begrüßte daher die Einberufung des Reichsrats. Aber gleichzeitig ging er in die Opposition zur Regierung. Der Klub verlegte sich auf innerpolitische Beschwerden über finanzielle Not und militärische Gewalt in Galizien auf die Anklage, am System einer Regierung ohne Polen in Galizien festzuhalten[2].

Eine Einheitsfront der polnischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten formulierte ihre Forderung genau auf der für ihre Politik entscheidenden Tagung in Krakau vom 28. Mai[3]. Sie erklärten sich solidarisch mit dem Streben der großpolnischen Nation nach der Wiedererlangung eines unabhängigen Polens mit freiem Zugang zum Meer. Dieses Programm veranlaßte die Ukrainer gleichfalls zu

---

[1] Nordd. Allg. Zeitung, 3. Januar 1917.
[2] Neue Freie Presse, 18. Juni 1917.
[3] Tägliche Rundschau 2. Juni 1917.

einer staatsrechtlichen Erklärung. Sie protestierten gegen den Versuch, Teile Galiziens an das zu schaffende Königreich anzugliedern [4].

An der Frage der Kampfestaktik spaltete sich der Polenklub am Sonntag, den 2. Sept. auf der Tagung in Krakau [5]. Der Antrag in der Vollversammlung der polnischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten auf Auflösung des am 16. August 1914 gegründeten Obersten Nationalkomitees gab den Anlaß. Die konservativen Polen sahen ihre Aufgabe darin, mit dem obersten Nationalkomitee die Verwirklichung der Proklamation vom 5. November durchzuführen. Von ihnen lösten sich die Mitglieder der Volkspartei, der polnischen Sozialdemokraten, der Nationaldemokraten und der polnischen Nationalvereinigung mit der Forderung, jede repräsentative Organisation des Polentums im Bereich der Centralmächte auszuschalten. Die Verhandlungen der Parteien sicherten jedoch für die Vertretung gemeinsamer polnischer Interessen eine ausschlaggebende Mehrheit im Reichsrat.

Die Beratungen der Regierung mit Vertretern des Polenklubs über die Stellung Galiziens führte zur Festlegung von 6 Punkten [6]. Das Ergebnis veranlaßte die Polen, das Budgetprovisorium zu unterstützen. Der Ministerpräsident sagte zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Galizien die Besetzung der erledigten Stellen bei den Centralbehörden durch polnische Beamte zu, die politische Censur wurde geregelt und Besprechungen des österreichisch-polnischen Verhältnisses freigegeben. Die von der österreichischen Regierung zugesagte Stellung war für die Polen mit dem Friedensschluß zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine nicht vereinbar. Der gemeinsamen Erklärung der polnischen Mitglieder des Abgeordneten- und Herrenhauses erschien die Abtretung des Cholmer Landes als ein Erfolg des Deutschen Reiches auf seinem Vormarsch nach dem Osten Europas, an das schwarze Meer und an den Kaukasus [7]. Die Opposition der Polen wirkte sich aus in der Verweigerung des Budgets. Die Krakauer Beschlüsse der parlamentarischen Kommission des Polenklubs vom 9. und 10. Juni wiesen ein neues Ziel. Sie forderten die endgültige Annahme der austro-polnischen Lösung [8]. Die Stellung des Ministerpräsidenten machten die Polen unmöglich, als die Vollversammlung des Polenklubs die Krakauer Beschlüsse annahm.

---

[4] Erklärung der Ukrainer im Abgeordnetenhaus am 30. Mai, Neue Freie Presse.

[5] Tägliche Rundschau 6. September.

[6] Neue Fr. Pr. 18. Nov. 17.

[7] Erklärung der Vollversig. d. Polenkl. am 16. Febr., Neue Freie Presse 17. Febr.

[8] Neue Freie Presse, 12. Juni, Frankfurter Ztg., 13. Juni.

Es war ein Beweis, daß der Kaiser die polnische Drohung, daß sich nicht gegen Deutsche, aber auch nicht gegen Polen regieren lasse, beherzigte, als er die Einstellung des Prozesses gegen die polnischen Legionäre befahl, von denen 91 Offiziere und 84 Mann wegen Hochverrats angeklagt waren. Trotzdem die Tat der beschuldigten Soldaten „nicht frei von militärstrafrechtlicher Verantwortung" war, machte der Kaiser am 27. Sept. von dem Recht der Gnade Gebrauch, in der Erwartung, daß das bisherige Verhältnis des polnischen Volkes zur Krone bestehen bleibe [9].

Auch bei den Polen gab die Buriannote dem Streben nach Selbständigkeit Auftrieb. Sie forderten im Abgeordnetenhaus die Teilnahme der Vertreter des polnischen Volkes an dem Weltfriedenskongreß [10]. Am 11. Oktober beschloß in Krakau die Vollversammlung der polnischen Abgeordneten die Auflösung des Polenklubs und die Schaffung eines Nationalrates als oberste nationale Instanz. Ihren Halt mit der Doppelmonarchie lösten sie durch die Weigerung, ins Wiener Parlament zurückzukehren [11]. Sie stellten fest, daß die polnischen Gebiete innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie dem polnischen Staat angehörten, daß sie die polnische Regierung in Warschau als ihre Vertretung nach außen betrachteten, die das Recht besaß, Friedensverträge zu schließen. Die österreichisch-ungarische Politik stand einer groß-polnischen Nation nicht mehr im Wege.

5. Das südslawische Ideal.

Die Einheit der Südslawen in Südsteiermark, Krain, im Küstenland, in Dalmatien, Kroatien, Slawonien und in Bosnien hinderte die staatsrechtliche Aufteilung. Der Ausgleich österreichischer und ungarischer Ansprüche auf südslawisches Gebiet war 1868 vollzogen. Er hatte aber keine staatsrechtliche Klarheit geschaffen, indem er dem ungarischen Besitz Kroatien-Slawonien den Anspruch auf Dalmatien vorbehielt, den tatsächlichen Besitz aber Österreich beließ. So kam es, daß die Südslawen Steiermarks, Kärntens, Dalmatiens und des Küstenlandes den Reichsrat in Wien beschickten, jene Kroatiens und Slawoniens aber das Parlament in Budapest. Während den Südslawen Österreichs die Vertagung des Reichsrates die Äußerung ihrer Wünsche nahm, war den ungarischen Südslawen ihre politischen Forderungen insofern gebunden, als sie 40 Landtagsabgeordnete in den Reichstag nach Budapest schickten, wo sie aber nur Stimmrecht in gemeinsamen Angelegenheiten hatten.

In der cisleithanischen Reichshälfte bedeutete die Wiedereinberufung des Reichsrats für die Südslawen einen wichtigen Kampf-

[9] Neue Freie Presse, 28. Sept.
[10] Neue Freie Presse, 2. Okt.
[11] Neue Freie Presse, 12. Okt.

abschnitt. Alle Abgeordneten schlossen sich zu einem südslawischen Klub zusammen. Dieser Rückhalt bestand für ihre Programmerklärung des Reichsrats. Sie zielte auf die Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten, Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen, von jeder nationalen Fremdherrschaft freien, auf demokratischer Grundlage aufgebauten Staatskörper unter dem Zepter der habsburgischen Dynastie [1]. Die Vertagung des kaiserlichen Eides auf die Verfassung bedeutete für ihren Sprecher die Anerkennung der Berechtigung von Verfassungsbrüchen [2]. Der nationale Wille wurde stärker mit der Unterzeichnung der „Magna charta" des künftigen südslawischen Reiches, dem Pakt von Korfu vom 20. Juli 1917, die sich verpflichtete, mit Hilfe der Westmächte und USA. ein Königreich unter der Dynastie der Karageorgewitsch aufzurichten. Die Einigung der serbischen Regierung mit der südslawischen Emigration im Sinne des südslawischen Ideals tat seine Wirkung [3].

Die Südslawen Kroatiens-Slawoniens in der ungarischen Reichshälfte paßten die Taktik ihres Befreiungskampfes durch eine Wahlreform nach den Grundsätzen des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts den zersetzenden innerungarischen Tendenzen an. Nach den demokratischen Prinzipien sollte auch das Verhältnis Ungarns zu Kroatien auf „der modernen Grundlage des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft" geregelt werden [4].

Die ungarische Regierung und der kroatische Landtag stimmten überein, wenn diese Regelung auf Kosten Dritter vor sich ging. Der Ministerpräsident Wekerle hielt sich in dem Augenblick an den Gesetzartikel XXX des ungarisch-kroatischen Ausgleichs, der die Wahrung der Rechte Kroatiens vorsah, als der Landtag den Wunsch der Wiederangliederung Dalmatiens kundgab [5]. Dem ungarischen Streben über den Weg der südslawischen Forderungen seine Machtstellung zu stärken, sagte der radikale Teil des kroatischen Landtags den Kampf an. Die aktive Führung riß die Bauernpartei mit ihrem Führer Dr. Stephan Radic an sich. Die Forderungen seiner Partei [6] sahen ihre Erfüllung in der vollständigen Trennung von Ungarn, in der Schließung aller ungarischen Schulen in Kroatien, in der Abberufung aller ungarischen Beamten, sowie in der Vereinigung aller österreichisch-slowenischen Gebiete mit Kroatien einschließlich des Banats. Auf diesem Standpunkt stand nicht die Mehrheit des Landtages, die die Ansprüche Italiens auf Gebiete Südslawiens fürchtete [7]. Radic bekam am 27. Dezember 1917 von der österreichischen

[1] Dr. Korosec am 12. Juni im Reichsrat, Neue Freie Presse 13. Juni.
[2] Ebd.
[3] Glaise-Horstenau, S. 109.
[4] Schultheß, 33, 1917, II, S. 155.
[5] Wekerle im Abgeordnetenhaus am 12. Sept., Neue Freie Presse, 13. Sept. 1917.

Bewegung durch die Gründung der slowenischen Volkspartei Unterstützung.

Einen über die Parteikämpfe hinausgehenden Auftrieb gab dem südslawischen Ideal der Kongreß in Laibach am 16. August. Im Anschluß an die Staatsrechtserklärung vom 30. Mai erfolgte die Gründung eines slowenischen Nationalrates, der die nationalen Interessen vertrat [8]. Die wesentlichste Bedeutung kam jedoch der zwischen südslawischen, tschechischen und polnischen Vertretern abgeschlossenen Interessengemeinschaft der slawischen Völker zu. Mit diesem Halt im Rücken wagten die Südslawen den Plan, einen „Großen Nationalrat der Südslawen" mit dem Sitz in Agram zu gründen. Nach diesem Vorstoß der jugoslawischen Bewegung schickte Kaiser Karl zum Studium der südslawischen Frage den ehemaligen Ministerpräsidenten Tisza. Sein herrischer Nationalismus entfachte den Aufruhr der politischen Leidenschaften, als er am 23. Sept. in Serajewo mit den südslawischen Politikern verhandelte.

Die Bildung des „Nationalrates der Slowenen, Kroaten und Serben" kam am 5. Oktober zustande. Ohne Rücksicht auf staatliche Zugehörigkeit fanden sich die südslawischen Abgeordneten zu gemeinsamer Verwirklichung ihres politischen Ideals zusammen. Den entscheidenden Anstoß, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, gab der Kaiser mit seinem Bundesstaatsmanifest. In diesem Augenblick setzte sich der Nationalrat in Agram als einzigster Repräsentant der südslawischen Politik ein. Seine Forderung auf die Vereinigung des gesamten Volkes der Slowenen, Kroaten und Serben ohne Unterschied provinzieller und staatlicher Zugehörigkeit paarten sie damit, ihr Schicksal der internationalen Friedenskonferenz vorzulegen [9]. Ihre gewaltsame Empörung fand Ausdruck durch die Entwaffung der ungarischen Honveds am 23. Oktober in Fiume. Nach der Bejahung des internationalen Charakters der südslawischen Frage in den Sonderfriedensschritt vom 27. Oktober fand das südslawische Ideal seine staatsrechtliche Form durch die Unabhängigkeitserklärung des kroatischen Landtags am 29. Oktober. Als einzigstes südslawisches Parlament, das tagungsfähig war, führte es die Liquidation des staatsrechtlichen Verhältnisses mit Österreich und Ungarn durch [10].

---

[8] Neue Freie Presse, 4. August.

[7] Kundgebung des slowenisch-politischen Vereins „Edinost" 28. August, Schultheß, 33, 1917, II, S. 167.

[8] Schultheß, 34 1918, II, S. 52.

[9] Neue Freie Presse, 22. 10. 1918.

[10] Schultheß, 34, 1918, II, S. 89.

III. Quellen und Darstellungen.

A. Die Presse.

1. „Tägliche Rundschau". Unabhängige Zeitung für nationale Politik. Jahrg. November 1916—November 1918.
2. „Neue Preußische Kreuzzeitung". Vertretung des Konservativismus. Jahrg. November 1916—Dezember 1917.
3. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Blatt der Regierung. Jahrg. November 1916—November 1918.
4. „Kölnische Volkszeitung". Jahrg. November 1916—November 1918.
5. „Germania", Amtliches Organ des Zentrums. Jahrg. November 1916—November 1918.
6. „Frankfurter Zeitung". Demokratisch-fortschrittlich für Handel und Industrie. Jahrg. November 1916—November 1918.
7. „Vossische Zeitung". Freisinnig-demokratisch. Jahrg. November 1916—November 1918.
8. „Neue Freie Presse". Wien. Freisinnig. Jahrg. Januar 1917—November 1918.
9. „Vorwärts". Amtliches Organ der sozialdemokratischen Partei. Jahrg. November 1916—November 1918.

B. Oesterreichisch-ungarische Aufzeichnungen:

1. Andrassy: J. Graf: Diplomatie und Weltkrieg. Berlin Ullstein 1920.
2. Arz v. Straußenburg: Zur Geschichte des großen Krieges 1914—18. Rikola-Verlag. 1924.
3. Burian, Steph. Graf: Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Ullstein 1923.
4. Czernin, Ottokar, Graf: Im Weltkriege. Ullstein. 1919.
5. Czernin, Ottokar, Graf: Ueber die Politik während des Weltkrieges. Rede vom 11. Dezember 1918. Wien 1918.
6. Conrad v. Hoetzendorff, Feldmarschall: Aus meiner Dienstzeit. 1906—18. Wien. Rikola-Verlag 1921—25. Bd. I—V.

7. Gina v. Hoetzendorff: Mein Leben mit Conrad v. Hoetzendorff. Grethlein und Co. Leipzig.
8. Erdödy, T. v.: Die Memoiren des Grafen Tamas v. Erdödy, Hrsg. von Paul Szemere und Erich Czech. Leipzig. Amalthea-Verlag 1930.
9. Masaryk, W.: Das neue Europa. Berlin 1922.
10. Windischgrätz, Prinz Ludwig: Vom roten zum schwarzen Prinzen. Ullstein 1920.
11. Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates. Session 22, Bd. I, 1917.

C. Deutsche Aufzeichnungen:

1. Bethmann-Hollweg, Th. v.: Betrachtungen zum Weltkriege. Teil I und II, Berlin 1919.
2. Bülow, B. v.: Denkwürdigkeiten. Bd. III, Ullstein. Berlin 1930—31.
3. Cramon, A. v.: Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege. Berlin 1920.
4. Cramon, A. v.: Kaiser Karl und Präsident Wilson. Berliner Monatshefte 1933.
5. Cramon-Fleck: Der deutsche Schicksalsbund mit Österreich-Ungarn. Verlag für Kultur-Politik. 1932.
6. Erzberger, Math.: Erlebnisse im Weltkriege. Verlagsanstalt. Stuttgart.
7. Hindenburg, P. v.: Aus meinem Leben. Leipzig. 1920.
8. Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerung 1914—18. Berlin 1919.
9. Ludendorff, Erich: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916—18. Berlin Mittler 1921.
10. Kaiser Wilhelm II: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918.
11. Akten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses: „Die Ursachen des Zusammenbruches". Bd. 8 und 12. (P.U.A.)

Darstellungen:

Bibliographie zur Geschichte Oesterreich-Ungarns im Weltkriege. Vierteljahrsschrift der Weltkriegsbücherei Stuttgart Juli—Oktober 1934.

Bastgen, Prof. Dr. Hubert: Die römische Frage. Dokumente und Stimmen. 1919.

Bauer, Prof. Dr. Wilhelm: Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte.

Bibl, Dr. Viktor: Von Revolution zu Revolution. Rikola-Verlag 1924.

Brehm, B.: Weder Kaiser noch König. München 1933.

Carlé, Wilhelm: Weltanschauung und Presse. Diss. Frankfurt 1931.

Temblin, A.: Czernin und die Sixtus-Affäre. München 1920.

Eberle, Dr. Josef: Großmacht Presse. Wien 1920.

Fester, Richard: Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges. München 1925.

Friedjung, H.: Ernest von Koerber. Neue österreichische Biographie. I. S. 23.

Glaise-Horstenau, Edmund v.: Die Katastrophe. Amalthea-Verlag 1929.

Hoetzsch, Otto: Der Krieg und die große Politik. Bd. III, 1918.

Hugelmann, Karl: Das österreichische Parlament. Arch. f. Pol. u. Gesch. 1925, S. 329 f.

Kaindl, Otto, R. Fr.: Österreich, Preußen, Deutschland. Wien 1926.

Kjellén-Haushofer: Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege. 1930. 22. Aufl.

Mommsen, Wilhelm: Die Zeitung als historische Quelle. Arch. f. Pol. u. Gesch. 1926, S. 244 ff.

Nowak, Karl, Friedr.: Der Sturz der Mittelmächte. München 1921.

„ Der Weg zur Katastrophe. Mit Briefen, Gesprächen, Dokumenten. Verlag für Kulturpolitik 1926.

„ Chaos. München 1923.

Schlitter, H.: Aus der Regierungszeit Kaiser Franz Josephs. Wien, Holzhausen 1919.

Schüßler, W.: Conrad v. Hoetzendorff. Arch. f. Pol. u. Gesch. Bd. V, 1925.

Srbik, Heinr. Ritter v.: Franz Joseph I. Charakter- und Regierungsgrundsätze. Hist. Ztschr. Bd. 144, 1931.

Tschuppik, Karl: Franz Joseph I. Der Untergang eines Reiches, Amalthea-Verlag 1928.

„ Die tschechische Revolution. Leipzig 1920.

Weber, A.: Graf Tisza und der Eintritt Italiens in den Weltkrieg. Kriegsschuldfrage. Jahrg. V. Heft 7, 1927.

Lloyd George: War Memoirs. Nicolson and Watson 1933. Bd. III u. IV.

Lebenslauf.

In Saarbrücken wurde ich am 6. März 1910 geboren. Meine Ausbildung erhielt ich am humanistischen Gymnasium in Dortmund. Mein Studium der Philosophie, der Fächer Deutsch, Geschichte und Kunstgeschichte begann ich 1930 in Münster i. W. Das SS. 1931 und WS. 1931/32 hörte ich in Breslau, um dann nach Münster zurückzukehren.

Die vorliegende Arbeit wurde eingereicht mit dem Titel: „Österreichisch-ungarische Politik der Jahre 1916—18 in der weltanschaulichen Presse". Von der Veröffentlichung des weltanschaulichen Teiles mußte Abstand genommen werden.